

Bezugspreis: Vierteljahr 2.90 RM., monatlich 1.20 RM., wöchentlich 30 Pf. frei im Haus, vorauszahlbar. Einzelne Wochennummern 5 Pf. Sonntagsnummern mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postbezug: Monatlich 1.20 RM. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2.50 RM. für das übrige Ausland 4 RM. monatlich. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Erscheint täglich. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 21. September 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Neue Schlacht in Flandern.

Stärkster Artilleriekampf in Flandern — Vergeblicher Angriff der Franzosen bei Verdun — 20 Flugzeuge abgeschossen — Russischer Angriff in der Bukowina.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 20. September 1917. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern dauerte der starke Artilleriekampf tagsüber zwischen Houthouster Wald und Yps unvermindert an. Feuerstöße größter Heftigkeit lagen wechselnd auf einzelnen Abschnitten unserer Abwehrzone. Die Nacht unterbrach die gesteigerte Kampftätigkeit der Artilleriemassen nicht.

Gewaltigem Trommelfeuer am frühen Morgen folgten mit Hellwerden nach den bisherigen Meldungen starke englische Angriffe auf breiter Front.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nor Verdun griffen die Franzosen gestern morgens und abends bei der Höhe 344 östlich von Samogneux, wo sie sich tags zuvor schon eine blutige Schlacht geholt hatten, wiederum ohne jeden Erfolg an.

20 feindliche Flugzeuge wurden abgeschossen; Bizefeldwibel Thom brachte auch gestern 2 Gegner im Luftkampf zum Absturz.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front Prinz Leopold.

Bei Danaburg, am Stochod, bei Brody und Tarnopol war die Artilleriekampftätigkeit lebhaft.

Front Erzherzog Joseph.

In der Bukowina griffen die Russen westlich von Arbora an; sie wurden durch unser Abwehrfeuer in ihre Gräben zurückgetrieben, aus denen Maschinengewehrfeuer sie erneut vorzutreiben suchte.

Mazedonischen Front.
Nur im Cerna-Bogen lebhafteste Geschäftstätigkeit.
Der Erste Generalquartiermeister,
Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 20. September 1917, abends. Amtlich.
Die Schlacht in Flandern ist auf der Angriffsfront der Engländer von Langemark bis Hollebecq noch in vollem Gange.

Im vordersten Teil unserer Abwehrzone wird seit dem Morgen erbittert und wechselvoll gekämpft.

Der österreichische Bericht.

Wien, den 20. September 1917. (W. L. B.) Amtlich wird verlautbart:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Arbora in der Bukowina versuchten die Russen nach stärkerer Artillerievorbereitung vorzustoßen. Unter Feuer zersprengte die Angriffstruppen und zwang sie zur Rückkehr in ihre Ausgangsgräben.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Ein gegen den Monte San Gabriele ohne Feuerbereitung angelegter italienischer Angriff kam in unserem Feuer zum Stehen. Am Colbricon versuchte der Feind nach einer Minensprengung anzugreifen, wurde aber schon in der Berechtigung wirksam gefaßt. Die Zahl der bei Carzano eingebrachten Gefangenen ist auf 11 Offiziere und 516 Mann gestiegen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine Ereignisse.
Der Chef des Generalstabes.

Die neue Flandern-Schlacht.

Berlin, 20. September. (W. L. B.) In Flandern hat sich die gesteigerte Kampftätigkeit der letzten Tage zu einem neuen englischen Angriff verdichtet. Das Feuer lag den ganzen 19. September über mit außerordentlicher Heftigkeit auf den deutschen Stellungen. Dreimal: am frühen Morgen, um 11 Uhr vormittags und um 5 Uhr nachmittags steigerte es sich zum Trommelfeuer. Dem morgendlichen Trommelfeuer in Begend St. Julien folgte der zweimalige Angriff mehrerer Bataillone, die beidemal abgewiesen wurden. Ein in der Gegend Langemark bereiteter Angriff kam im deutschen Vernichtungsfeuer nicht zur Entwicklung. Am Nachmittag wurden starke englische Stochtrupps, die mit einem Tank hart südlich der Straße Ipern—Menin vorgingen, durch Abwehrfeuer zerstreut. Der Tank wurde durch Volkstfeuer zerstört. Am Abend sah man wiederum auf der Straße Ipern—Menin Tanks vorbeiziehen, die unter Feuer genommen wurden. Gleichzeitig nebelte die Engländer die deutschen Stellungen von St. Julien bis Langemark ein. Das starke Feuer hielt die ganze Nacht hindurch an. Um 5 Uhr 30 Minuten früh steigerte es sich von Langemark bis zum Kanal Ipern—Gouthen zum stärksten Trommelfeuer. Kurz darauf brach die englische Infanterie auf breiter Front zum Angriff vor. Der Kampf ist in vollem Gange. Auch an der übrigen englischen Front steigerte sich das Feuer teilweise zu größerer Stärke. Im Artois wurde ein englischer Fesselballon heruntergeschossen. Bei St. Quentin wurden mehrfach vorführende feindliche Patrouillen abgewiesen.

An der Aisnefront nördlich Reims und in der Champagne kam es trotz lebhafterem Feuer lediglich zu Gefechten mit starken feindlichen Patrouillen, die abgewiesen wurden. In Gegend Bray brachte eine deutsche Patrouille 11 Gefangene ein. Auch zwischen Aisne und Vermericourt wurden Gefangene gemacht.

An der Verdunfront griffen die Franzosen wiederum, trotz der am 18. erlittenen furchtbaren Verluste mit starken Kräften beiderseits der Höhe 344 an. Der Angriff wurde frühzeitig erkannt und unter vernichtendem Abwehrfeuer genommen. Die französischen Sturmwellen brachen überall zusammen. An keiner Stelle erreichten sie die deutschen Linien. Um 8 Uhr abends erneuerten die Franzosen den Angriff mit dem gleichen Mißerfolg. Auch im Chamewald wurde ein französischer Stochtrupp abgewiesen. Der Luftkampf war regen. Außer den im Heeresbericht als abgeschossen gemeldeten feindlichen Flugzeugen wurde noch ein französischer Fesselballon zum Absturz gebracht.

Kurländische Ständeverammlung.

Witau, 20. September. Der außerordentliche kurländische Landtag hat folgenden Beschluß über die Bildung einer allgemeinen Landesversammlung gefaßt: Zur Beratung und Beschluß-

fassung über allgemeine Landesfragen soll eine allständische, von Vertretern des Großgrundbesitzes, der kurländischen Ritterschaft, der städtischen Einwohnerschaft, der Geistlichkeit und des Kleingrundbesitzes gebildete Versammlung in Witau unter dem Präsidium des Landbotenmarschalls, des außerordentlichen Landtags, der kurländischen Ritter- und Landtschaft einmaltig zusammentreten. Die Zahl der Deputierten soll 80 betragen, und zwar 27 aus dem Großgrundbesitz, 4 aus der kurländischen Ritterschaft, 5 aus der Geistlichkeit, 17 aus der städtischen Einwohnerschaft und 27 aus dem Kleingrundbesitz. Dieser kurländische Ständetag ist ein wahrer Hohn auf eine Volksvertretung. Aus seinen Beschlüssen wird man nichts davon erfahren, was die Bevölkerung Kurlands will, oder, wenn etwas — das Gegenteil davon!

Schwedischer Protest zum Luxburg-Skandal.

Bedauern der deutschen Regierung.

Stockholm Telegramm meldet vom 19. September amtlich: Die Mitteilung über die von dem amerikanischen Staatsdepartement veröffentlichten Telegramme des Grafen Luxburg veranlaßte die Regierung am 10. September, durch den schwedischen Gesandten in Berlin anzufragen, ob es richtig sei, daß die veröffentlichten Telegramme vom deutschen Geschäftsträger in Buenos Aires abgesandt und vom Auswärtigen Amt in Berlin empfangen worden seien. Nachdem die Antwort eingegangen war, wurde der schwedische Gesandte in Berlin am 15. September beauftragt, unter Hervorheben, daß als festgestellt angesehen werden müsse, daß eine deutsche Behörde in besonders ernster Weise das schwedische seit erwiesene Vertrauen mißbraucht hatte, bestimmten Protest der schwedischen Regierung anlässlich des Vorfalles zu erheben. Die am 17. September veröffentlichte vom deutschen Gesandten in Stockholm dem Minister des Aeußern gegenüber gemachte Mitteilung steht mit dem schwedischen Protest nicht im Zusammenhang.

Wolffs Bureau veröffentlicht diesen schwedischen Protest mit folgendem Zusatz:

„Wie hieraus ersichtlich, hat die deutsche Regierung der schwedischen ihr Bedauern aus eigener Initiative ausgesprochen, ohne erst den schwedischen Protest abzuwarten.“

Wie hieraus weiter ersichtlich, hat sich die schwedische Regierung durch das deutsch-amtliche Bedauern nicht davon abhalten lassen, öffentlich zu erklären, daß sie das Opfer eines Vertrauensmißbrauchs geworden sei. Öffentlich hat wenigstens damit der Fall ein Ende, von dem man auch jetzt schon nicht sagen kann, daß er für die deutschen Behörden besonders ruhmvoll sei.

Belgien und Elsaß-Lothringen.

Am letzten Dienstag hat Herr Ribot, Minister des Auswärtigen im neuen Kabinett Painlevé, über Elsaß-Lothringen gesprochen, und am nächsten Donnerstag wird, wie es heißt, Herr Michaelis im Deutschen Reichstag über Belgien reden. Um die Erwartung nicht allzu übermäßig zu spannen, gibt das Wolffsche Bureau heute schon ein aus München rücktelegraphiertes Berliner Telegramm der „Münchener Neuesten Nachrichten“ wieder, wodurch das Rätsel gelöst, was Herr Michaelis über Belgien sagen werde, nicht allzuschwer gemacht wird. Dieses Telegramm lautet:

In den letzten Tagen sind über die Stellung Deutschlands zur Frage der belgischen Zukunft so viel durcheinanderlaufende Behauptungen und Vermutungen verbreitet worden, daß es nützlich erscheint, diesem Wirrwarr ein in festen Strichen gezeichnetes Bild von dem bisherigen Stand der Auffassungen gegenüberzustellen. Für uns ist die eine alles beherrschende Tatsache, von der wir ausgehen, die, daß wir Belgien fest in der Hand haben, und daß es dem Gegner verlagert geblieben ist, trotz der ungeheuerlichsten Anstrengungen und Opfer uns aus dieser festen Stellung zu vertreiben oder in ihre zu erschüttern. Das ist der Ausgangspunkt für jede deutsche Erwägung und für jede Verhandlung mit dem heutigen Gegner. Die Frage der Zukunft Belgiens ist aber, wie sich das von selbst versteht, nicht isoliert zu betrachten und zu lösen. Auch sie muß im Zusammenhang mit den gesamten Kriegs- und Friedensfragen erfaßt und entschieden werden. Für das Gesamtgebiet aller dieser Fragen aber hat sowohl die deutsche Regierung wie die deutsche Volksvertretung als Richtschnur anerkannt, daß nicht Eroberungen, sondern Verteidigung und Ausgleich für uns das Ziel seien, unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß auch unsere Gegner ebenso rückhaltlos auf Eroberungen verzichten und Verständigung und Ausgleich suchen. Das gilt für die Gesamtheit der Fragen, und es gilt im Rahmen dieser Gesamtheit auch für die belgische Frage. Wenn die Gegner bereit sind, auf ihre territoriale und wirtschaftliche Eroberungspolitik und auf die während dieses Krieges bereits gemachten Eroberungen gegenüber Deutschland und seinen Verbündeten zu verzichten, so sind auch wir dazu bereit, und was insbesondere die belgische Frage angeht, für deren Verantwortung man sich in England besonders interessiert, so sind wir unter der genannten Voraussetzung zweifellos bereit, die Unabhängigkeit Belgiens wiederherzustellen unter der Sicherung des Daseinsrechtes der verschiedenen in Belgien wohnenden Nationalitäten und unter Garantien für die wirkliche Neutralität Belgiens, über die noch zu reden sein wird. Bis zur Entscheidung der Gesamtheit der Friedensfragen dient uns Belgien wie jedes andere besetzte Gebiet selbstverständlich unverfälscht als Pfand.

Daß mit diesen Ausführungen der Standpunkt der Regierung ziemlich richtig wiedergegeben ist, ist kaum zu bezweifeln. In wünschenswert ist aber, daß bis zum Tage der Kanzlerrede einige Unklarheiten beseitigt werden, an denen die offiziöse Depesche in recht bedenklicher Weise krankt.

Verständig ist der Standpunkt: Wir geben Belgien wieder heraus, denken aber gar nicht daran, Elsaß-Lothringen oder ein sonstiges Stück des Reichsgebiets herauszugeben. Es ist notwendig, Klarheit nach beiden Seiten zu schaffen, und nach der neuesten Rede des Herrn Ribot ist es doppelt notwendig. An die Auslieferung Elsaß-Lothringens, das soll man in Frankreich wissen, denkt in Deutschland kein Mensch, auch kein Mann der allerallerkühnsten Opposition. Würde heute beispielsweise Karl Liebknecht Reichskanzler, so würde er die französische Forderung nach Elsaß-Lothringen genau ebenso zurückweisen müssen wie Herr Michaelis.

Will Frankreich Elsaß-Lothringen haben, so muß es Deutschland erst schlagen, so schlagen, daß jeder Widerstand gegen die Forderungen des Feindes völlig aussichtslos erscheint. Die Franzosen sollen sich nun selbst die Frage beantworten, ob sie das können.

Hoffentlich wird Herr Michaelis nicht so unklug sein zu sagen, daß wir „Garantien für die wirkliche Neutralität Belgiens“ haben müssen. Belgische Neutralität war bis zum Ausbruch des Krieges so gesichert, wie eine Neutralität nur gesichert sein kann. Eine bessere Sicherung kann nur dadurch geschaffen werden, daß auf allen Seiten der gute Wille geschaffen wird, sie zu respektieren. Eine Debatte darüber, wo dieser gute Wille vorhanden war und wo er nicht vorhanden war, nach welcher Seite hin Belgien eines besonderen Schutzes seiner Neutralität bedürfte, würde der Sache des Friedens so ungünstig wie nur möglich sein. Wenn aber Deutschland, Frankreich und England den kommenden Frieden selbst mit so starken Garantien umgeben, daß ein neuer Weltkrieg so gut wie ausgeschlossen er-

sehen, dann verliert die Frage der Neutralität Belgiens ihre Bedeutung und ihren Scharf.

Weiter ist von der „Sicherung des Daseinsrechts der verschiedenen in Belgien wohnenden Nationalitäten“ die Rede. An sich ein sehr löbliches Programm, das den Beifall der internationalen Sozialdemokratie finden muß, vor allem auch der deutschen Sozialdemokratie, die seit je für das Daseinsrecht der in Deutschland wohnenden Nationalitäten (Polen, Dänen, französische Lothringer) eingetreten ist. Erkennt man aber Belgien als unabhängigen Staat an, so muß man ihm entweder die Regelung seiner Nationalitätenfrage selbst überlassen oder aber man muß sich beim Friedensschluß zu dem Grundgesetz befehlen, daß das Daseinsrecht der Nationalitäten durch gegenseitige Abmachungen gesichert wird, wodurch der Grundgesetz der Nichtmischung in innere Angelegenheiten aufgegeben wird.

Wir betrachten die Behandlung der belgischen Angelegenheit durch die deutsche Regierung einmal vom Standpunkt des internationalen Rechts aus, dann aber auch von dem Standpunkt aus, daß durch sie die Friedensbewegung in anderen Ländern, vor allem in England, gefördert wird. Eine solche Förderung können wir uns von ihr aber nur dann versprechen, wenn die Stillierung der bedauerlichen Kanzlerrede etwas anders ausfällt als die oben wiedergegebene offiziöse Vorrede. Gewiß werden die englischen Friedensfreunde auch an dieser Stillierung nach dem Grundsatz handeln, to make the best of it, das Beste aus ihr zu machen. Aber den Kriegshetzern bleiben gleichwohl gefährlich viel Punkte, an denen sie einhalten können, und wir wünschen dringend, daß diese Punkte verschwinden. Es darf daran erinnert werden, daß selbst ein so radikaler Friedensfreund wie Ramsay MacDonald wiederholt erklärt hat, die vollständige Wiederherstellung der Unabhängigkeit Belgiens sei die selbstverständliche Voraussetzung des Friedensschlusses.

Wir können also zwei Tatsachen feststellen. In der englischen Auffassung Deutschlands müsse die Selbständigkeit Belgiens wieder hergestellt, Einigkeit bis Ramsay MacDonald. In der deutschen Auffassung, Frankreich müsse sich, wenn Frieden werden sollte, den Traum von der Rückeroberung Elsaß-Lothringens aus dem Kopf schlagen, Einigkeit bis Karl Liebknecht. Das sollte den Staatsmännern hüben und drüben zu denken geben. Wenn Deutschland nicht aufrichtig und eindeutig und reslos auf Belgien verzichtet, wenn Frankreich bei dem Gedanken beharrt, der Krieg dürfe nicht anders als mit dem Wiedergewinn Elsaß-Lothringens abgeschlossen werden, dann gibt es keinen Verständigungsfrieden, dann gibt es nur eine Fortsetzung des Krieges bis zum Weißbluten, bis zum Endsteg, den dann nach unabsehbarer Zeit eine Gruppe über die andere in einer rettungslos vernichteten Welt, selber so gut wie vernichtet, erringen mag!

Dieser Endsteg wird aber erst recht nicht den ewigen Frieden bedeuten, denn der Rest der Völker wird dann verhungerten Wölfen gleichen, die in den Trümmern Beute jagen und immer wieder bereit sind, übereinander herzufallen. Nur ein Verständigungsfrieden, der bald abgeschlossen wird, und den Völkern den Wiederaufbau ihrer Kräfte gestattet, verspricht Dauer.

Deutschlands Bereitschaft zu einem solchen Verständigungsfrieden herbeizuführen und gegen alle Widrigkeiten klarzustellen, ist seit Kriegsausbruch das vornehmste Ziel unserer politischen Arbeit. Nicht um Verzicht handelt es sich, es soll so deutlich wie möglich gesagt werden, daß Deutschland auf nichts von dem verzichtet, was es vor dem Kriege besessen hat. Aber darum handelt es sich, zu zeigen, daß Deutschland nicht, auf das Schwert gestützt, der Welt seinen Herrenwillen diktieren will. Und dazu bedarf es einer klaren und freimütigen Erklärung über Belgien!

Kammerdebatte über Painlevés Regierung.

Ribot fordert Elsaß-Lothringen.

Die ausführlichen Berichte über die Kammerdebatte unterbrechen die markanten Stellen in der Erklärung Painlevés. Das wichtigste Ereignis der Debatte war die Rede des früheren Ministerpräsidenten des alten Reiches Ribot.

Chaullin-Servinière führte aus, die Regierung müsse im Hinblick auf die großen Unternehmungen des nächsten Jahres die Armeen während des Winters reorganisieren. Ribot verlangte von der Regierung zu wissen, ob sie bereit sei, selbst fernliegende Friedensverhandlungen einzuleiten. Von den Bänken der Sozialisten rief man:

Nein, nein! Die Regierung ist nicht so weit!

Chaullin fuhr fort: Warum gelingt es uns nicht, unsere Friedensziele darzulegen? Wir wären viel stärker, wenn wir sie genau umschreiben.

Robert warf Ribot vor, er habe das Parlament beschmutzen lassen. Das Beispiel Kornilows verirrte gewisse Schritte.

Arguaguer trat sehr heftig gegen die Regierung auf. Es gebe überhaupt keine Parlamentskontrolle, die Regierung sehe sich leichtfertig über Anweisungen des Parlaments hinweg, die Militärbehörden mischen sich in die politische Führung des Krieges.

Lemery wies auf die Notwendigkeit hin, dem Lande eine klare Definition dafür zu geben, was die Regierung unter Sieg und Frieden verstehe. Lemery ersuchte Painlevé, auf die

feindliche von Stockholm und von Rom ausgehende Offensive

zu antworten. Der Abgeordnete kritisierte lebhaft die gegenwärtige Anschauung vom Kriege, der ein Krieg der Vorräte sei. Der Sieg werde dem Lande gehören, das den letzten Vorrat besitzen werde. Lemery erklärte darauf den Traum, das linke Rheinufer zu annektieren, für einen Anachronismus, während Elsaß-Lothringen verlangen, nur die Forderung nach Wiedergutmachung des vergewaltigten Rechtes sei. Deutschland glaube, schloß der Abgeordnete, daß Vorräten den Sieg bedeute. Als es Belgien verleihe, schuf es die Gesellschaft der Nationen. Dies Recht der Nationen muß man sofort ausarbeiten, anstatt Verhandlungen abzuwarten, bei denen die Verbündeten sich, ohne genaue Abmachungen untereinander, Deutschland und seinen Verbündeten gegenüber alleinstehend finden würden. Die Rede Lemerys wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Cranez tabelte den Papst, weil er nicht zwischen Verbrechen und Recht unterscheiden habe.

Groussau (liberal, welche Parteibezeichnung die falsche Frage ist, unter der die französischen Ministerialen segeln) unterbrach ihn und sagte: „Diejenigen, welche erklären, daß die Note des Papstes deutschem Einfluß entzogen sei, sind im Irrtum. Die Note des Papstes verurteilt die deutschen Ansprüche und bestätigt die Vorherrschaft des Rechtes: Das ist eine Subjektivität für Frankreich.“ (Unterbrechungen der Sozialisten.) Renaudel (Sozialist) sagte: Die sozialistische Note zur

internationalen Konferenz war unzweideutig, aber man verfehlte nicht, von deutschem Einfluß zu sprechen. Jetzt ist die Reihe an den Katholiken, sich in ihrem religiösen Bewußtsein verletzt zu fühlen.

Painlevé antwortete dem Fragesteller und sagte: Die Aufgabe der Regierung ist, einen Plan zu haben, sich daran zu halten und ihn auszuführen; die Stunde heißt handeln. Der Ministerpräsident erklärte, er bedauere die Mitwirkung der Sozialisten nicht erlangt zu haben, und bestätigte seine Entschlossenheit, mit äußerster Energie alle Anschläge gewisser Agenten zu verfolgen; die Gerechtigkeit werde ihren Lauf nehmen bis zum Ende. Er machte dann eine Anspielung auf die Gemeinschaft der Nationen und die Völkervereinigung. Painlevé erklärte, daß Frankreich an solchen Grundfragen festhalte, es biete die größten Beweise von aufrichtiger moralischer Größe und Selbstverleugnung dar. Painlevé erklärte seine HeberEinstimmung mit Lemery hinsichtlich der Sprache, welche Frankreich den Alliierten gegenüber gebrauchen könne. Die Seelengröße Frankreichs zeige sich deutlich vor aller Augen, und da es den Grundfragen der Vereinigten Staaten sich anschließen, gebe es ein großes moralisches Beispiel. Es ist klar, daß die Politik Lemerys triumphieren wird, und daß wir Ergebnisse erzielen werden, die Frankreich die Möglichkeit geben, allen Schwierigkeiten die Stirn zu bieten. Painlevé schloß mit der Bitte an die Kammer, der Regierung ihr volles Vertrauen zu schenken. Ein Abgeordneter forderte Ribot auf, sich über die zwischen den Alliierten getroffenen Abmachungen zu äußern, die den gemachten Versprechungen zuwider noch nicht veröffentlicht worden seien.

Ribot antwortete:

Vor mehreren Monaten habe ich mit Zustimmung der ganzen Kammer gesagt, daß wir keine geheime Diplomatie hätten, und daß Frankreich bereit sei, alles zu sagen, was es bei Aufstellung seiner Friedensbedingungen keiner Verantwortlichkeit unterliegt und weil es sein Recht fordert. Ich hatte gesagt, daß ich die bereitliegenden Urkunden veröffentlichte würde, und ich kann sie morgen veröffentlichen, aber das hängt nicht von mir allein ab. Wir haben Alliierte und müssen Hand in Hand und in vollem Vertrauen mit ihnen vorgehen. In dem Maße, wie wir uns dem Ende des Krieges nähern, müssen wir mehr und mehr darüber wachen, die von den Feinden zur Verurteilung der Alliierten angewandten Kunstgriffe wirkungslos zu machen. Wir werden den Sieg erringen, wenn wir einig bleiben. Deutschland weiß das, und sein ganzes Absehen ist darauf gerichtet, uns uneinig zu machen, um uns zu schwächen. Die Bitte, jene Veröffentlichung aufzuschieben, ist aus Petersburg an mich gelangt. In der schwierigen Lage, in der sich unser großer Verbündeter befindet, darf ich keine Schwierigkeiten nicht vermehren.

Habe ich nicht deutlich genug gesprochen? Besitzt irgendein Zweifel unserer Friedensbedingungen wegen dessen, was wir fordern und was wir erreichen werden? — denn wenn wir es nicht erreichen, so würde das Tod und Entehrung für unser Land bedeuten. Wir sind nicht mit Kriegsziele in dieses Klingen gegangen; 45 Jahre lang haben wir trotz der blutenden Wunden in unserer Seite den Frieden gewollt, und heute, nachdem all dies französische Blut während dieses langen Kriegen vergossen ist — was wollen wir heute? Das Recht! Frankreich will niemandem Gewalt antun; es fordert nur das Recht, und wenn man es nicht hört, dann spreche ich mich mit einem auf das Recht gegründeten Frieden, von einer Gesellschaft der Nationen und von einem dauerhaften Frieden, denn tot wäre er von vornherein, dieser schon beim Abschluß durch Ungerechtigkeit verewaltigte Friede!

Wenn wir vor der Welt

die Rückgabe von Elsaß-Lothringen

fordern, so sind wir Vorkämpfer des verletzten Rechtes und fordern von der Welt die unentbehrliche Vorbedingung für einen dauerhaften Frieden, die Gutmachung der vor 45 Jahren begangenen Ungerechtigkeiten, die 45 Jahre hindurch auf der Welt gelastet hat — und wenn man das nicht gewährt, so gewährt man nichts; das würde einen

Waffenstillstand für einige Jahre

bedeuten, während wir alle unsere Opfer nicht vergebens gebracht haben werden, wenn wir den Frieden auf das gründen, was ewig ist: Gerechtigkeit und Recht.

Die Zurückgabe von Elsaß-Lothringen genügt nicht; wir fordern

Wiedergutmachung.

Nicht Rache erstreben wir, die Strafe, die wir unseren Angreifern auferlegen möchten, ist keine Geldstrafe, sondern Ersatz für die frevelhaften Zerstörungen, die sie angerichtet haben. Könnten wir erhabenen Hauptes in diese verwüsteten Gebiete zurückkehren, welche die Male der Barbarei tragen, wenn wir für die Opfer nicht den schuldigen Ersatz gefordert hätten?

Ich habe hinzugefügt, daß auch

Bürgschaften

nötig seien, die in der Gesellschaft der Völker als solche liegen. Welchen Wert würde die Unterschrift der deutschen Regierung haben, wenn hinter der Ihrigen nicht die Unterschrift des deutschen Volkes selber stünde?

Aus Ihrem Beifall ersehe ich, daß ich Ihre Erwartungen nicht getäuscht habe. Frankreich hat den ersten Stoß der Barbarei aushalten müssen. Seine Opfer geben ihm das Recht, sein Haupt hoch zu tragen; es verdient die Ausdrücke der Bewunderung, die ihm die Welt so reichlich schickt. Wir werden den Abschluß dieses Krieges erreichen, wenn wir uns nicht in den Schlingen fangen lassen, die man uns stellen wird.

Wenn wir dem Papste nicht geantwortet haben, so befinden wir uns im Einklang mit unseren Alliierten. Was sollen wir auch — trotz des hohen Ansehens des Papstes — auf alle diese Einladungen zu Verhandlungen antworten? Wo wünscht man besonders, daß wir antworten? Dort, wo man nicht hat antworten wollen! Als Wilson nach unseren Kriegsziele fragte, haben wir geantwortet! Wer aber hat nicht geantwortet? Die Mittelmächte! Es wird angekündigt, daß sie dem Papste antworten werden; werden wir diese Antwort ab — aber es ist wohlgetan, wenn wir sagen, daß selbst in der Note des Papstes das, was Belgien angeht, weit davon entfernt war, das Gewissen der Welt zu befriedigen.

Ja, man soll uns sagen, was man will. Seht man darauf ein, uns Elsaß-Lothringen zurückzugeben? Seht man auf die Wiedergutmachungen und auf die Gesellschaft der Nationen ein? Man soll es sagen, wir brauchen die Gewißheit, daß man uns nicht in eine Falle verstrickt.

Renaudel begründet die Zurückhaltung der Sozialisten und erklärte, sobald die Regierung sich bewährt haben werde, werde sie ihr günstige Kundgebungen der Sozialisten wiederfinden. Der Präsident verlas sodann die Tagesordnung, die besagt: Unter Billigung der Erklärungen der Regierung und im Vertrauen auf die hinsichtlich der weiteren energischen Durchführung des Kriegesprogramms geht die Kammer zur Tagesordnung über. Diese von der Regierung gebilligte Tagesordnung wurde mit 378 gegen eine Stimme angenommen.

Bei dem Vertrauensvotum haben sich 178 Abgeordnete der Abstimmung enthalten. Unter ihnen befanden sich sämtliche Sozialisten. Unter den übrigen Abgeordneten, die sich ihrer Stimme enthalten, dürften sich besonders die 80 engeren radikalsozialistischen Freunde von Caillaux und Renault befinden haben. Die Linke steht also geschlossen gegen Painlevé, worüber auch die alle Türen offen lassende Erklärung Renaudels nicht täuschen darf, daß die Sozialisten sich der Regierung erst freundlich zu erweisen gedenken, wenn sie sich bewährt. Gerade darüber, wo und wann sich die Regierung bewährt, dürften die Ansichten weit auseinandergehen.

Auch dieser nennt sich Sozialist! Gervé für Militärdiktatur.

Seinem Unmut über das Wüßlingen von Kornilows Staatsstreich gibt Gervé in der „Victoire“ folgenden Ausdruck: „Unter all den tendenziösen Nachrichten aus Rußland ist eine von größter Bedeutung: Kornilow unterhandelt! Wenn man einen derartigen Staatsstreich versucht, so unterhandelt man nicht, sondern schlägt zu. Wenn also Kornilow in Unterhandlungen eingetreten ist, so ist sein Unternehmen gescheitert. Um so schlimmer für Rußland und die Revolution, weil Kornilows Erfolg ungefähr die einzige Möglichkeit war, das Land aus dem Chaos und der Anarchie, in die es durch die Sowjets gestürzt war, herauszureißen. Man müßte die slavische Masse mit ihrem von Grund aus anarchoide Sinn schlecht kennen, wenn man glauben wollte, daß man ihr anders als durch das Regime einer strengen Diktatur wieder Ordnung und Disziplin beibringen könnte.“

Gegen die Friedenspropaganda in Frankreich.

„Temps“ meldet, daß in Paris sowie in der Provinz seit einiger Zeit Flugblätter friedensfreundlichen Inhalts von verdächtigen Ausländern verteilt werden, ohne daß die Polizei bisher eingeschritten wäre. Die Agenten betrieben besonders in Montimontant und Montmartre ihre Unwesen.

Die Affäre Turmels.

Die französische Presse findet die Erklärungen Turmels unklar und voller Widersprüche und verhält sich sehr ablehnend. „L'Echo“ gibt bekannt, daß eine neue Affäre aufgedeckt sei. Es handele sich um eine Beeinflussung, bei der eine politische Persönlichkeit bloßgestellt sei. Leider dürfe man für den Augenblick noch nicht mehr sagen. Die Andeutungen einiger anderer Blätter über die neue Affäre sind bis auf die Ueberschrift gestrichen.

Neue Regierungskrise in Rußland Demission zweier sozialistischer Minister.

Petersburg, 19. September. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Regierung hat das Entlassungsgesuch des Ministers des Innern Kollentsew und des Arbeitsministers Stoboleff angenommen.

Petersburg, 20. September. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Stachowitsch, der Generalgouverneur von Finnland, hat aus Gesundheitsrücksichten seinen Abschied genommen. Der frühere Vizepräsident des Ministerrats Retrafow wurde zum Generalgouverneur von Finnland ernannt.

Petersburg, 19. September. Eine Gruppe von Anhängern der alten Regierung, die die provisorische Regierung aus Rußland vertrieb, wurden vom Arbeiter- und Soldatenrat aus Helsingfors festgenommen, als sie nach Schweden reisen wollten, und ins Gefängnis gesetzt. Heute hat der Arbeiter- und Soldatenrat von Helsingfors dem Verlangen der Regierung Folge gegeben und eingewilligt, die bezeichneten Verbannten nach Petersburg zu schicken.

Der Hauptausschuß der Kadettenpartei nahm eine Entschließung an, die die Mitglieder der Partei auffordert, sich jeder Teilnahme an der vom Arbeiter- und Soldatenrat nach Petersburg einberufenen demokratischen Konferenz zu enthalten. Als Grund für die Entschließung wird angegeben, daß die Konferenz nur eine einzige politische Strömung des Landes vertrete und infolgedessen weder ein politisches Organ von Einfluß bilden noch die schwierige Lage, in der sich das Land befinde, mildern könne.

Petersburg, 19. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Minister des Äußern Tereschtschenko wurde zum Vizepräsidenten des Ministerrats ernannt.

Opposition des Sowjet.

Petersburg, 20. September. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Entgegen dem Befehle Kerenskis, die Ausschüsse für die öffentliche Wohlfahrt, welche sich gelegentlich der Aufstandsbewegung Kornilows gebildet hatten, zu unterdrücken, sagte der große Ausschuß für den nationalen Kampf gegen die gegenrevolutionären Versuche bei dem Arbeiter- und Soldatenrat eine Entschließung, in der die nützliche und vaterländische Tätigkeit dieser Ausschüsse festgestellt wird und sie aufgefordert werden, sich nicht aufzulösen, sondern ihre Tätigkeit in enger Verbindung mit ihm fortzusetzen.

Italienische Friedens-„Verbrecher“.

Vern, 19. September. „Gazetta Ufficiale“ veröffentlicht ein Dekret, durch das der bereits vom Gericht in Como zu 4 Monaten Gefängnis und 500 Lire Buße verurteilte Bürgermeister von Albese-Como, Luigi Prigerio, infolge seiner systematisch betriebenen kriegsfeindlichen Propaganda seines Amtes entsetzt und auf 3 Jahre für nicht mehr wählbar erklärt wird. Am 16. 6. versuchte er u. a. eine große Friedensdemonstration gegen den Krieg in Como zu veranstalten.

Anlässlich einer Vorgesprechung des morgigen Nationalfeierfestes schreibt „Corriere della Sera“, die verbrecherischen Umtriebe der offiziellen Sozialisten hätten in den letzten Tagen wieder zugenommen. Aus Rom verlautet von einer ungewöhnlichen Tätigkeit der dortigen Sozialisten, deren Grund sich nicht erkennen lasse.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 19. September 1917.

1. Neue U-Boots-Erfolge im Atlantischen Ozean und in der Nordsee:

Vier Dampfer, ein Segler

und ein Fischereifahrzeug, darunter der bewaffnete englische Dampfer Hydron Hall mit 6400 Tonnen Weizen für die englische Regierung von Montreal nach Falmouth, der nach zweifündigem Artilleriegefecht niedergelassen wurde; zwei tiefbeladene Dampfer, einer davon englischer Nationalität, der andere dem Aussehen nach französischer Dampfer Afrique, ferner französischer Dreimastkranzschoner Sadi Carnot mit Salzischen nach Bécamp sowie das französische Fischereifahrzeug Kreburand.

2. Gines unserer U-Boote hat am 17. September in den Hoopden das französische Flugzeug D 40 vernichtet und die drei Insassen: zwei Offiziere und ein Mechaniker, gefangen genommen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Wellington (Neuseeland), 10. September. (Neuermeldung.) Der britische Dampfer Port Kembla (4700 Bruttotonnen) sank in der Cookstraße infolge Explosion einer Hüllennmaschine. Es wurde niemand verletzt.

Eine Richtigmeldung.

Unter dem Titel „Eine Falschmeldung“ schreibt der „Berliner Lokal-Anzeiger“, in dem Drange, sich offiziös zu gebärden, folgendes:

„Von sozialdemokratischen und linksstehenden Blättern ist die Meldung gebracht worden, daß von amtlicher Stelle eine großzügige Agitation gegen die Reichstagsmehrheit und gegen die Bedeutung parlamentarischer Beschlüsse vorbereitet werde. Ein Blatt weiß sogar von einer genau ausgearbeiteten, in allen Einzelheiten organisierten, von amtlichen Stellen geleiteten und mit Hilfe des amtlichen Apparates durchgeführten Agitation in diesem Sinne zu berichten. Wir sind von amtlicher Stelle auf die von uns eingezogenen Erklärungen zu der Erklärung ermächtigt, daß an diesen Meldungen kein wahres Wort ist; vielmehr weisen die amtlichen Stellen die Zumutung einer Agitation im angegebenen Sinne auf das entschiedenste zurück.“

Unrichtig ist lediglich die dem „L. A.“ von amtlicher Stelle wirklich oder angeblich gegebene Aufklärung. Richtig ist dagegen die von uns gebrachte Meldung, die auch von anderer Seite voll bestätigt wird. Das „Berl. Tagebl.“ unterstreicht unsere Mitteilungen und macht noch die folgende Ergänzung dazu:

„Es ist naturgemäß die Frage aufgeworfen worden, ob dem Reichskanzler diese nach einem ganz bestimmten Aktionsplan geleitete Aufklärungsarbeit bekannt sei. Wir haben Grund zu der Annahme, daß Herr Dr. Rathenau in der Tat von diesen Vorgängen unterrichtet worden ist, und daß er gegen Ende der vorigen Woche Schritte unternommen hat, um eine Fortsetzung dieser amtlichen Verberatung zu verhindern. Ob seine Schritte überall den nötigen Erfolg gehabt haben, können wir mit Bestimmtheit nicht sagen. Es scheint uns aber, daß die Agitation zugunsten der Vaterlandspartei auch von amtlichen Stellen im Kreise der Untergebenen noch weiter betrieben wird. Mehrere Informationen, die uns zugegangen sind, beweisen, daß den abhängigen Beamten, Lehrern usw. Listen der Vaterlandspartei vorgelegt werden mit der „Frage“, ob sie sich als Mitglieder einschreiben wollten. Daß diese Frage ein Wink ist — ein Wink, hinter dem die ganze Macht des Vorgesetzten steht — ist klar.“

Wir hätten dem noch hinzuzufügen, daß nach unseren sehr bestimmten Informationen die „Aufklärungsarbeit“ namentlich dort ihr Wesen treibt, wo die Abhängigkeit von Vorgesetzten am allergrößten ist und bei solchen Anlässen am allerstärksten empfunden wird. Die Angelegenheit wird übrigens demnächst im Hauptausfluß des Reichstags, möglicherweise auch im Plenum zur Sprache kommen, und dort wird man etwas deutlicher auf gewisse Seiten der Sache eingehen können, als das zurzeit in der Presse möglich ist.

Die alldeutsche Presse tut weiter, als könne sie nicht begreifen, wovon die Rede ist. Gestern schrieben wir:

„Die alldeutsche Presse stellt sich dumm und schreibt von sozialdemokratischer Furcht vor der Wahrheit.“ Ach nein, vor der Wahrheit oder vor dem, was sich als solche ausgibt, haben wir nicht die mindeste Furcht. Aber, wo „aufgeklärt“ wird, da muß Freiheit der Diskussion herrschen, muß das Geltendmachen von Gegengründen, muß auch die entschiedenste Ablehnung vorgezogener Meinungen erlaubt sein. Wo diese Freiheit nicht herrscht, hat die sogenannte Aufklärung zu schweigen, wenn sie nicht zu unerträglicher Gefinnungsmedelschaft ausarten soll. Und daß das Volk vor solcher Gefinnungsmedelschaft geschützt wird, dafür muß gesorgt werden, dafür wird gesorgt werden.“

Hierauf erwidern die „Berliner Neuesten Nachrichten“:

„Allo! Was sagt: Wer nicht mit dem „Vorwärts“ übereinstimmt und durch die und dünne geht, muß gemahregelt und beschimpft werden. (Wo steht das bei uns? Red. d. „N.“) Der ist ein „unerträglicher Gefinnungsmedel“, an dem jeder sein Rücken fühlen soll und kann. Wir gestatten uns aber trotz der kategorischen und drohenden Sprache des sozialdemokratischen Parteiorgans doch die bescheidene Anfrage: Wer wird dafür sorgen, daß das jedem Deutschen zustehende Recht, seine politische Gefinnung offen zu bekennen, nicht unterbunden wird? Um Antwort wird gebeten.“

Wir stellen die beiden Zitate nebeneinander, damit der Leser sich selbst ein Urteil darüber bildet, in welcher unheimlicher Weise unsere Äußerungen von der alldeutschen Presse verdreht und in ihrem Sinn entstellt werden. Wir wollen wahrhaftig keinen Menschen hindern oder gehindert wissen, seine politische Gefinnung offen zu bekennen, auch den höchsten Vorgesetzten nicht. Aber es ist ein Unterschied wie Tag und Nacht, ob der Vorgesetzte für sich seine Meinung frei bekundet, oder ob er mit Mitteln der Vorgesetzengewalt einen Untergebenen gegen dessen innere Überzeugung gleichfalls zu diesem Bekenntnis zu zwingen sucht. Gerade indem wir dies verhindern wollen, sorgen wir — im Gegensatz zu den „B. N.“ — dafür, daß jeder Deutsche, nämlich auch der Untergebene, das Recht erhält, seine politische Meinung frei zu bekennen. Das ist so handgreiflich, daß es das kleinste Kind begreift, und auch die „B. N.“ begreifen es ganz gut — sie stellen sich aber absichtlich dumm.

Heimurlaub und Versammlungsreden.

Ein feldgrauer Soldat hat vor kurzem an der Gründung einer neuen politischen Partei sehr lebhaft mitgewirkt und den Gründungsauftrag dieser Partei ausdrücklich mit dem Zusatz: „Juzzeit im Felde“ unterschrieben.

Momentan befindet sich dieser Soldat aber nicht im Felde, sondern auf Heimurlaub, und benutzt diesen, wie wir aus den Anschlägen der Berliner Vorkämpfer sehen, um am 24. d. Mts. auf einer politischen Versammlung seiner Partei zu referieren.

Der Soldat, dem dies möglich ist, heißt Herzog Johann Albrecht von Medlenburg, die Partei heißt: „Deutsche Vaterlandspartei“.

Nochmals: Die Kriegsteilnehmerorganisation der Kriegervereine.

Zu der Verichtigung des Ruffhäuserbundes schreibt unser Gewährsmann:

„Die Verichtigung des Ruffhäuserbundes stellt wirklich den Gipfel eines Ablehnungsversuches dar. Es ist schon so, wie wir geschrieben: Auf der Tagung des Ruffhäuserbundes ist über eine sogar überaus scharfe Entschließung gegen die Friedensresolution des Reichstags verhandelt worden, ohne daß sich auch nur eine einzige Stimme dagegen geltend gemacht hätte. Nur stiegen den tapferen Kriegern des Ruffhäuserbundes Bedenken auf, sie zu veröffentlichen. Deshalb nahm man von der Veröffentlichung Abstand. Anstehend vertritt sich der Vorstand des Ruffhäuserbundes hinter dem Worte „Vertreterversammlung“. Man verschleiert doch nicht die Sachlage, sondern sagt klar und ausdrücklich, ob man wirklich diese Tatsachen bestritten will,

Auch der zweite Punkt der Verichtigung ist falsch. Die Verichtigung kammer sich an die Worte „aller Kriegsteilnehmer“. Natürlich hat man nicht daran gedacht, die Generale, die Stabs-offiziere und auch die sonstigen finanziell günstigen Kriegsteilnehmer pflegerisch vom Reichs-Krieger-Dank erfassen zu wollen. Sondern sind alle Kriegsteilnehmer, die der Hilfe bedürftig werden können, für die neue Organisation in Aussicht genommen. Das bestätigt in Nr. 477 die „Deutsche Tageszeitung“, die als erstes Blatt — abgesehen vom „Vorwärts“ — die Gründung des Reichs-Krieger-Dankes erwähnt. Weil es sich um eine allgemeine, die weitesten Kreise umfassende Veranstaltung handeln soll, wollte man ja auch den Reichskanzler, Hindenburg und den preussischen Kriegsminister vor den Wagen spannen.

Der Zweck der ganzen Veranstaltung ist der Versuch, für die Beeinflussung durch die rechtsstehenden Parteien Massen zusammenzubringen. Vorwiegend zum Anschluß an die Gründung sollen materielle Vorteile sein. Charakteristischerweise ist es ja auch gerade ein rechtsstehendes Blatt, das — natürlich wohlwollend — als erstes die angeblichen Ziele dieser Gründung des Ruffhäuserbundes beiprucht.“

Soweit unser Gewährsmann. Inzwischen bringt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ — das offiziöse Blatt — den ausführlichen Plan der Gründung des „Reichs-Krieger-Dankes“. Danach handelt es sich ganz zweifellos um einen großzügig angelegten Plan, alle Kriegsteilnehmer mit oder ohne ihren Willen unter das Protektorat der Kriegervereine zu zwingen. Die Kriegervereine wollen ihre Stiftung als Seitenstück neben die Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der Gefallenen und den „Reichsausschuß für Kriegsbeschädigte“ stellen, also ihr offenbar einen öffentlich-rechtlichen und monopolartigen Charakter geben. Die Kriegsteilnehmer bedanken sich aber in ihrer großen Mehrheit dafür, sich auf diese Art der Obhut der Kriegervereine unterstellen zu lassen, die sich in ihrer ganzen Vergangenheit als eine Schutztruppe konservativ-reaktionärer Parteibestrebungen gezeigt haben. Der Reichstag wird darüber zu wachen haben, daß dieselben Kampfgewalt gegen jede politische Opposition nicht irgendwelche Vorrechte eingeräumt werden für Zwecke, die nur wirklich neutralen Händen anvertraut werden dürfen. Die Kriegervereine erklären zwar, um den Schein zu wahren, auch einige Nichtkriegsteilnehmer an der Verwaltung ihrer Stiftung beteiligen und ihre Leistungen auch Nichtmitgliedern zuwenden zu wollen, aber hierdurch darf man sich nicht täuschen lassen: im wesentlichen wird die Stiftung doch ganz und gar unter dem Einfluß der Kriegervereine stehen und als Propaganda- und Agitationsmittel für sie ausgenutzt werden. — Natürlich kann kein Mensch etwas dagegen haben, wenn die Kriegervereine für sich eine Stiftung gründen. Wogegen aber egyptischer Protest erhoben werden muß, das ist der — offenbar schon mit einflussreichen Behörden verabredete Plan, dieser Stiftung Vorrechte irgendwelcher Art, einen öffentlich-rechtlichen Charakter und ein Monopol für Sammlungen einzuräumen und zu ihren Gunsten andere, von den entlassenen Kriegsteilnehmern selber ausgehende Selbsthilfebestrebungen zu unterdrücken, wie das heute bereits geschieht.

Selbstverwaltung!

Ein Protest der größeren preussischen Landgemeinden.

Der Vorstand des Verbandes der größeren Preussischen Landgemeinden hat, wie die „Deutsche Städte-Korrespondenz“ erfährt, in seiner Tagung am Mittwoch, in der besonders Lebensmittelfragen und die Kohlenversorgung zur Besprechung standen, folgende Entschließung gefaßt:

„Träger des ganzen Kriegswirtschaftssystems sind die Gemeinden, die ihren Aufgaben bisher in vollem Umfange trotz der ungeheuren sachlichen und personellen Schwierigkeiten gerecht geworden sind, wie ihnen wiederholt von autoritativer Stelle bezeugt worden ist. Es muß deshalb das Vorgehen des Vorstandes in starkem Maße hervorzuheben, daß im Gegensatz zu der Handhabung dreier Kriegsjahre den Gemeinden über 10 000 Einwohnern das Recht der Verbrauchsregelung bei der Brot- und Kartoffelversorgung in den Verordnungen für das neue Wirtschaftsjahr entzogen und lediglich die Möglichkeit durch Antragstellung beim Kriegsausschuß, der frei entscheiden kann, offen gelassen ist. Ganz abgesehen von der hierin liegenden, durch nichts gerechtfertigten Missetzung führt dieser Schematismus dazu, daß kreisfreie Gemeinden von 25 000 Seelen das Recht der Verbrauchsregelung haben, während es den großen Landgemeinden von 25- bis 90 000 Einwohnern nicht zusteht. Aber auch die großen Landkreise werden von diesem Danaergeschenk nicht erfreut sein, denn praktisch können sie die Verantwortung für die Verbrauchsregelung in so großen Gemeinden gar nicht übernehmen. Der Vorstand bittet deshalb dringend, den Gemeinden (Bürgermeisterien in Rheinland und Amtsbezirken in Westfalen) über 10 000 Einwohnern das Recht der Verbrauchsregelung wieder zu übertragen.“

Ein deutscher Dichter.

Am „Berliner Lokal-Anzeiger“ — wo denn sonst? — veröffentlicht Max Beyer, den die Redaktion einen „deutschen Dichter“ nennt, die Schilderung seines Aufenthalts im Hauptquartier und seiner dortigen Zusammenkünfte mit dem deutschen Kaiser. Nachdem Beyer in einer langen Einleitung Wilhelm II. mit Friedrich dem Großen verglichen, gibt er von ihm weiter die folgende Beschreibung:

„Das volle, sänneige Haar ist jugendlich geschneit und in lebhaft gelodeten Wellen frisch nach oben bewegt, als wenn darin noch der Seewind von des Kaisers Fahrten auf den Meeren und Regatten spiele. Die breit, frei und hoch gebaute Stirn ist selbgebraunt bis zu dem Strich, wo ihr der Helm und die Feldmütze die lichtere Tönung beliehen. Die braunen Wangen durchzittert oft ein gesunder, rosigter Ton. Ueber den schon und fest, nicht zu voll und nicht zu dünn geschwungenen Lippen ist der Schnurrbart etwas knapper gestutzt als im Frieden, prachtvolle gesunde Zähne, einer weiß wie der andere, schimmern im bereiten Gespräch oder auch manchmal in einem frischen Lachen unter ihm. Der kraftvolle Schnitt der Wangen und des mit breiter Energie gebauten, anmutig doch mit einem Gräßchen geschmückten Kinns umschließen dies künstlerisch schön aufgebaute Kaiserhaupt, das neben den patriarchalischen Hauptern Karls des Großen und Barbarossas ewig seinen jung-germanischen Typus in der deutschen Kaiser-Geschichte bewahren wird!“

Aus den Gesprächen, die Herr Beyer mit dem Kaiser führte, sei folgende Dialogstelle wiedergegeben:

„Was ist aus meiner schönen Rede am Friedrich-Denkmal geworden?“ rief er (der Kaiser) in sonniger Unbefangenheit über das Unverständnis seiner dort so prachtvoll und fürsorgend für alle Germanen der Welt ausgesprochenen Grundgedanken aus.

„Diese Rede, Majestät“, erwiderte ich, „wird auch im Gewölbe des Weltkrieges ein Leuchtturm für alle Zeiten bleiben, an dem die kriegsverbissenen Völker einmal in Scham und Neue Einkehr halten werden!“

So Max Beyer, der deutsche Dichter!

Schiffer im Hafen.

Ministerialdirektor Schiffer im Reichsschatzamt, der ehemalige nationalliberale Abgeordnete, ist der „Nationalist. Korresp.“ zufolge zum stellvertretenden Bevollmächtigten des Bundesrats ernannt worden.

Der „Berl. Lokal-Anz.“ teilt mit, Schiffer werde, sobald der Reichstag die entsprechende Forderung in dem ihm zugehenden Nachtragsetat bewilligt haben wird, zum stellvertretenden Staatssekretär im Reichsschatzamt ernannt werden.

Bundesratsarbeit. Berlin, 20. September. In der heutigen Sitzung des Bundesrats gelangten zur Annahme der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Feststellung eines zweiten Nachtrages zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1917, der Entwurf einer vierten Ergänzung des Besoldungsgesetzes, der Entwurf einer Bekanntmachung über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben, der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend die Fristen des Wechsel- und Scheckrechts für Kriegsvorfällen und der Entwurf von Bestimmungen über die Verwendung von Reichsmitteln für Zwecke der sozialen Kriegsinvalidentfürsorge.

Zeitungsverbot. Das Berliner Zentrumsorgan „Germania“ ist von demselben Schicksal ereilt worden, wie kürzlich die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Freimüthige Zeitung“, die aber schon wieder erscheinen dürfen. Auch sie ist jetzt verboten worden.

Parteinachrichten.

Von der „Germania“ belehrt!

Triumphierend hat die „Leipziger Volkszeitung“ dieser Tage mitgeteilt, daß die Unabhängigen bereits 120 000 Mitglieder müßten und diese Zahl dem Bericht an den Bürgerburger Parteitag mitgeteilten Mitgliederbestand der deutschen Sozialdemokratie gegenübergestellt. Die hämische Schadenfreude über die vermeintliche Schwächung der deutschen Sozialdemokratie war natürlich ein gesundes Fressen für die Kriegsbeher, denen jede Gelegenheit zur Diskreditierung einer der Reichsparteien hoch willkommen ist. Und was hätte ihnen willkommen sein können als das Zeugnis der „Leipziger Volkszeitung“, daß die deutsche Sozialdemokratie kein Recht habe, im Namen des Volkes zu sprechen. Der blinde Haß der „Leipziger Volkszeitung“ und ihrer Leute gegen die Sozialdemokratie geht so weit, daß sie mit hohem Eifer bemüht sind, den erbittertesten Gegnern eines baldigen Verständigungsfriedens Wasser auf die Mühle zu leiten. Diese in ihrer Verböhrtheit indische Politik veranlaßt die „Germania“, anknüpfend an unsere Bemerkung, daß alle politischen Parteien unter der Einziehung ihrer Mitglieder leiden und die sich weiden sollte, die keine Einbuße erlitten hat, zu folgenden Ausführungen: „Mit dieser Gegenfrage hat der „Vorwärts“ gar nicht so unrecht. Für die tatsächliche Bewertung der Sozialdemokratie wird derjenige aber am sichersten gehen, der sie nicht einschätzt nach den zurzeit ihr wenig günstigen Ziffern des Parteitagberichts, sondern nach ihrer wirklichen Macht, die hinter der Sozialdemokratie als Wesamiererscheinung steht. Hier wird man gut tun, zwischen den „Unabhängigen“ und „Regierungssozialisten“ für die Zeit nach dem Krieg gar keinen so biden Strich zu ziehen, so feindselig sich heute auch die ehemaligen Brüder gegenübersehen mögen.“

Es ist ein wahre Schande, daß die „Germania“ viel tiefer von der notwendigen Einheit der sozialistischen Arbeiterbewegung überzeugt ist als die „Leipziger Volkszeitung“. Sie es überdies mit den renommierten Ziffern dieses Notizes bestellt ist, zeigt nichts deutlicher als ein Bericht über die Art der „unabhängigen“ Mitgliederwerbung im Wirkungsbereich des ehemaligen Bezirkssekretärs für Frankfurt a. M.: „Dahman stellt für jede einzelne Versammlung oder Versprechung durch Hervorbringung keine Handzettel her. Diese Handzettel gelten als Eintrittskarten, wenn der Name und die genaue Adresse des Vorgesetzten ausgefüllt sind. Diese Handzettel gelten dann als Mitgliedsausweis. Wenn das in allen Kreisen so gemacht wird, dann wollen wir glauben, daß 120 000 Handzettel angefertigt wurden, mit der gleichen Zahl Mitglieder dürfte es aber wenig aussehen.“

Der Verband jugendlicher Arbeiter Oesterreichs

hatte Ende 1916 163 Gruppen, um 21 weniger als 1915, und die Mitgliederzahl war von 8500 auf 7625 gesunken. Bisher wurden 4720 Mitglieder eingezogen. Intensive Werbearbeit brachte dem Verband seit Kriegsbeginn 12 882 Neubetriebe. Die Bildungstätigkeit ist reger. Die Gesamtauflage des Verbandsorgans „Der jugendliche Arbeiter“, das sich besonderer Aufmerksamkeit der Zensur erfreut, stieg 1916 auf 100 000 Exemplare gegen 87 100 im Vorjahr. Verschiedentlich wurden Gruppen mit Auflösung bedroht, wirklich aufgelöst wie in Wien II oder fiktiv, wie in Nordböhmen.

Letzte Nachrichten.

Renaudel über das neue Kabinett.

Bern, 20. September. (B. T. Z.) Zur gestrigen Sitzung der französischen Kammer melden die Honorer Blätter ergänzend: Die Reden Painlevés und Ribots wurden häufig unterbrochen. Bizson rief am Ende der Rede Painlevés: „Das alles hat Brian und auch gesagt!“ Zum Schluß erklärte Renaudel, die Sozialisten hätten nicht aus Antipathie an dem Kabinett nicht teilgenommen. Die Sozialisten wollten wissen, ob das Programm des Kabinetts demjenigen der Sozialisten entspreche. Ribot sei weniger weit gegangen, als Painlevé. Es scheint, daß Painlevé jetzt nicht sagen wolle, welches die Kriegsziele Frankreichs seien. Ob man denn abwarten müsse, bis Deutschland militärisch geschmettert sei, um die Bedingungen des Rechtes bekanntzugeben, wenn man nicht wisse, ob Deutschland sie annehmen werde. (Lebhafte Bewegung und Rufe im Zentrum und auf der Rechten.) Die ministerielle Krise sei erfolgt, weil das Volksgefühl eine kräftigere Kriegsführung forderte.

Das Kriegskomitee Painlevés entspreche den Weiterforderungen nicht; es bestehe aus lauter alten Männern, deren Verdienst es sei, sich in Friedenszeiten Ministerportefeuilles in die Hand gespielt zu haben.

Die Krise im Sowjet.

Petersburg, 20. September. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die der Gruppe der revolutionären sozialistischen Anarchisten und Anarchismaldianer angehörenden Mitglieder des Hauptvollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates haben einen Aufruf veröffentlicht, in dem es heißt:

Der Grundgedanke der revolutionären Demokratie, der die Regierungsgewalt auf der inneren Koalition begründet, ist verlernt. Ein letzter Versuch, eine Koalition zu bilden, begegnete dem Widerstande der verantwortlichen Organe der Demokratie. Die Verleugnung der Koalition hat tiefe Erschütterungen hervorgerufen. Ein rein sozialistisches oder ein rein bürgerliches Kabinett wird außerstande sein, die Verteidigung zu organisieren und eine wirtschaftliche Jerrüttung zu vermeiden. Falls die demokratische Konferenz ein rein sozialistisches Kabinett schaffen würde, so würde das Ergebnis die Mobilisierung aller gegenrevolutionären Kräfte sein. Der Aufruf schließt mit der Aufforderung, sich an der demokratischen Konferenz zu einem Block zusammenzuschließen, um Russland einen Bürgerkrieg zu ersparen.

Gewerkschaftsbewegung

Berlin und Umgegend.

Stellungnahme der Berliner Militärattler zur Kündigung des Reichstarifs.

Eine vom Sattlerverband einberufene Versammlung der Militärbranche, die am Mittwoch stattfand, beschäftigte sich mit der Frage, ob der Reichstarif für das Leder- und Schuhwerk für die nächsten Jahre zu kündigen sei. Schulze hatte das Referat. Er legte in längeren Ausführungen dar, daß der Reichstarif trotz einiger Schwächen, wie sie jeder zentralen Regelung anhafteten, eine große Bedeutung habe und bei seiner Einführung als großer Erfolg der Organisation gebucht werden müßte. Wenn jetzt die Frage der Kündigung erörtert werde, so gehe es nicht, um ihn zu befestigen, sondern um seinen besseren Ausbau in die Wege zu leiten. An dem Grundgedanken der zentralen Regelung, soweit die Rüstungsindustrie des Sattlergewerbes in Frage komme, müsse festgehalten werden. Es sei aber an der Zeit, an eine Ausgestaltung des Tarifs zu denken, die wenigstens die dringlichsten Wünsche der Kollegenchaft berücksichtige. Da ohne Kündigung die Unternehmer für eine solche Ausgestaltung nicht zu haben sein würden, so mache sich die Kündigung notwendig. An erster Stelle stünde dann die Frage der neuen Vertragsdauer. Die Branchenleitung stehe auf dem Standpunkte, daß man eine langjährige Bindung, etwa wieder auf drei Jahre, ablehnen müßte. Denn dafür wäre die Lage zu unübersichtlich. Nur ein kurzfristiger Vertrag wäre denkbar.

In der Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten gutgeheißen und eine Verlängerung des Tarifs auf nur ein Jahr empfohlen. Dann nahm die Versammlung folgende Resolution an: „Die am 19. September tagende außerordentliche Versammlung der auf Militärausrüstungen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erkläre in dem jetzigen Reichstarif der Branche den erfolgreichen Anfang zur durchgreifenden Regelung der Arbeitsverhältnisse, deren weitere Fortentwicklung im Interesse beider Vertragskontrahenten liegt.“

Sehr wichtige Bestimmungen des Vertrages sind allerdings während der langen Kriegsdauer nicht voll in Wirksamkeit gesetzt worden, weshalb eine Prüfung der Frage, ob dieses nicht jetzt zu geschehen hat, wohl angebracht erscheint.

Als dringende Aufgabe aber gilt es, die Verschiedenartigkeit in der Bewertung der Stüchtlöhne auszugleichen, um dadurch die Möglichkeit zu schaffen, auf alle Arbeiten annähernd das gleiche Verdienen zu können.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, hält die Versammlung die Kündigung des Reichstarifs für erforderlich und gibt der Zentralarbeitskommission und dem Zentralvorstand des Verbandes der Sattler und Portefeuliers anheim, die ersten Schritte zur Erneuerung des Vertrages unter Berücksichtigung dieser Wünsche einzuleiten.

Ueber die Durchführung der neuen Lohnregelung wurde die Durchführungsfrage einige Mittelungen. Soweit er es überblicken könne, sei in den alten Verträgen der Militärbranche die Durchführung der Lohnregelung ziemlich glatt von statten gegangen. — Einen Irrtum weiblicher Akkordarbeiter müsse er richtigstellen. Eine Anzahl von Akkordarbeiterinnen hätten sich auf den Standpunkt gestellt, daß sie unter dem Begriff der „Akkordarbeiter“ beziehungsweise „Stüchtlöhner“ fielen und deshalb auch auf sie der Passus in den Abmachungen anzuwenden sei, der u. a. für alle auf Zeitlohn beschäftigten Sattler, sowie für alle „Stüchtlöhner“ Stundenlohnzuschläge von 30 Pf., 35 Pf. und 40 Pf. zugestehet. Tatsächlich fielen aber die Akkordarbeiterinnen nicht darunter, sondern unter den Abzug, der von den Arbeiterinnen über 17 Jahre handele und Stundenlohnzuschläge von 17 Pf. für Ledige, von 20 Pf. für Hausfrauenvorstände und von 23 Pf. für solche mit mehr als zwei Kindern vorsehe. Wenn manche jener Arbeiterinnen, auf ihren Irrtum aufmerksam gemacht, unmutig gleich von einem Brechen mit der Organisation sprächen, so müsse solch Verhalten energisch gerügt werden. Denn der Verband habe die Rechte der weiblichen Mitglieder in jeder Beziehung wahrgenommen, was auch in ihren Verdiensten zum Ausdruck komme. — Dagegen könne denjenigen Arbeiterinnen recht gegeben werden, welche sich über die Bestimmung in den Abmachungen beschwert fühlten, wonach auf Konfektionsarbeiten für Artilleriewerkstätten die neuen Abmachungen bis auf weiteres keine Anwendung fänden. Die Verhandlungen über diesen Punkt schwebten noch und es werde versucht werden, diese Frage im Verhandlungswege zu regeln.

Ausland.

Der Sechste Kongreß der Gewerkschaften Ungarns.

Am 19. und 20. August d. J. fand in Budapest der schon im Jahre 1914 fällige, damals aber des Kriegsausbruchs wegen verschobene Sechste Kongreß der Gewerkschaften Ungarns statt. Neben der Erledigung der Forderungen des Tages galt es auch, die Richtlinien für die Zeit nach dem Kriege festzulegen, deren Einhaltung den Gewerkschaften die Kraft geben soll, alle bevorstehenden Kämpfe führen und alle ihnen noch erwachenden Aufgaben erfüllen zu können. In dem Kongreß nahmen die Genossen Umlorcs in Vertretung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und die Genossen Doracel und Huppert in Vertretung der Gewerkschaftskommission Oesterreichs teil.

Aus dem statistischen Ziffernmateriale des Berichtes geht hervor, daß die Gewerkschaften Ungarns durch den ersten Anstich der Mobilmachung und ihrer Radwirkung arg in Mitleidenschaft gezogen wurden, in ihren Grundfesten jedoch nicht erschüttert werden konnten. Schon im zweiten und noch mehr im dritten Kriegsjahre stehen die wirtschaftlichen Organisationen ungeboren und in alter Kraft auf dem Platze. Im ersten Kriegsjahre gab es einen Mitgliederverlust von 55 976, das sind 52,07 Proz., im Jahre 1915 schätzten weitere 8128 Mitglieder aus der Reihe der organisierten Arbeiterchaft, aber im Jahre 1916 konnten die Organisationen bereits einen Mitgliederzuwachs von 11 957 verzeichnen. — Gewerkschaftssekretär Jozsoz bemerkte bei der Berichterstattung, daß der Mitgliederstand im Jahre 1917 bisher bereits wieder jene Höhe erreichte, wie vor dem Kriege. Die Eisen- und Metallarbeiter gewannen allein in einem halben Jahre 20 000 Mitglieder. Tausende und Abertausende Bergarbeiter traten ihrer freien Organisation bei, ebenso steht das Verhältnis bei den Privatbeamten und auch in solchen Berufen, die vor dem Jahre 1917 an eine Organisationsfähigkeit kaum denken konnten. Der bedeutungsvolle Erfolg der gewerkschaftlichen Arbeit liegt in der Tatsache, daß die Zahl der organisierten Arbeiter Ungarns nun mehr als 100 000 beträgt. — Die Gesamteinnahmen der Gewerkschaften betragen während der Berichtsperiode 4 871 497,03 Kronen, die Ausgaben 4 544 522,41 Kr., so daß ein Ueberschuß von 326 974,62 Kr. verzeichnet werden kann. An Unterstützung für die Angehörigen der Einberufenen wurden bisher 172 606,74 Kr. gewährt.

Schweizerischer Gewerkschaftskongreß.

Am 8. und 9. September tagte in Bern der von 107 Delegierten besuchte Schweizerische Gewerkschaftskongreß. Es waren 21 Verbände durch 75 Delegierte und 12 Arbeiterunions durch 18 Delegierte vertreten. Ein Hauptverhandlungsgegenstand war die Ausföhrung des Fabrikgesetzes. Es wurde eine längere Protestresolution beschlossen, die sich gegen die Stauschiebung der Inkraftsetzung des Gesetzes, das vor drei Jahren angenommen wurde und energisch die Anwendung des Gesetzes vom 1. Januar 1918 fordert. Es wird in der Resolution darauf hingewiesen, daß die Verschleppung sich durch die außerordentlichen, durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse nicht rechtfertigen lasse und nur dazu angetan sei, die Anlässe zu vermehren, die Krankheitsziffern zu erhöhen und der Arbeiterchaft ihre wichtigsten Errungenschaften vorzunehmen. Der Antrag der Holzarbeiter auf kräftige Maßnahmen gegen die Notlage der Arbeiterchaft und Anwendung des Generalstreiks löste eine lebhafte Debatte aus. Es wurde einstimmig

ein Beschluß angenommen, der das Bundeskomitee antwies, den Fragen der Preisgestaltung und Lebensmittelverteilung, des Arbeiterschutzes, des Koalitionsrechts, auch der Ausländer, und des ungehinderten Streikrechts größte Aufmerksamkeit zu widmen und gemeinsam mit dem Gewerkschaftsausschuß Vorkehrungen zu treffen, um bei jeder Verschlechterung der Lage der Arbeiterchaft, bei Umgehung der Schutzbestimmungen, Ausweitung von Gewerkschaftsfunktionen und Militarisierung freier Arbeiter die Interessen der Arbeiterchaft energisch, nötigenfalls mit dem Mittel des Generalstreiks zu verteidigen. Das Verhältnis der Gewerkschaften zur Jugendorganisation wurde nach dem Vorschlage des Bundesvorstandes, den Schaeberger begründete, dahin geregelt, daß die Jugendlichen Garantien gegen eigenmächtiges Vorgehen, wie solches schon oft Partei und Gewerkschaften in die unangenehmsten Situationen gebracht habe, in Zukunft zu bieten hätten. Trotzdem der Jugendsekretär Ruzenberg diese Bevormundung ablehnte, wurde eine Vereinbarung als Voraussetzung weiterer Unterföhrung gefordert. Es wurde ferner beschlossen, das Arbeiterinnensekretariat dem Gewerkschaftssekretariat anzugliedern und einen zweiten Sekretär, dessen Muttersprache französisch sein soll, anzustellen.

Soziales.

Die Wohnungs-Untersuchungen der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin.

Die Wohnungs-Untersuchungen, welche die größte deutsche Krankenkasse in altbewährter Weise auch in den Jahren 1915 und 1916 vornehmen ließ und deren Bearbeitung durch Albert Kohn jetzt vorliegt, erstreckt sich auf zusammen über 40 000 Fälle. Sie erscheinen um so beachtenswerter, als das Berliner Wohnungswesen nach ganz kurzer Tätigkeit mit Kriegsbeginn wieder geschlossen werden mußte und deshalb von keiner anderen Seite umfassende Schilderungen der Berliner Wohnungszustände zu erwarten sind.

Die Ermittlungen der Kasse sind einzig bei erwerbsunfähigen kranken Mitgliedern vorgenommen. In einer Reihe von Lafeln wird die Verteilung der Kranken nach der Wohnfläche, der Höhe und des Lufttraumes der Aufenthaltsräume usw. dargestellt. Wir erfahren, daß in beiden Jahren noch über 2500 Patienten in Räumen hawfen, welche weniger wie 10 Quadratmeter Wohnfläche hatten, und daß über 1000 dieser Kranken solche winzigen Räume mit 1, 2 und mehr Personen teilen mußten, die Räume von mehr wie 5000 Kranken waren noch nicht 2,80 Meter hoch. Mehr wie die Hälfte aller geprüften Räume liegen in Hinterhöfen, deren Fenster nach den besonders in älteren Bauten recht engen Höfen mit stagnierender Luft münden. Wir werden ferner unterrichtet, daß in außerordentlich zahlreichen Fällen überfüllte Schlafzimmerräume angetroffen wurden und allein im Jahre 1916 4000 an Lungenleiden oder sonstigen Infektions- und parasitären Krankheiten leidende Personen festgestellt wurden, die mit Familienmitgliedern in einem Raume nächtigten. Immer noch wurden Patienten in Räumen ohne Fenster und in solchen ohne Gelegenheit gefunden und auch feuchte Zimmer sind nicht selten. Die Kofortverhältnisse bessern sich nur langsam, zirka 45 Proz. der Aborte befinden sich noch außerhalb der Wohnungen auf Treppenhöfen oder Höfen. Aus der Verteilung der Patienten nach den ihnen zur Verfügung stehenden Räumen in den einzelnen Stadtteilen fallen die eigentlichen Arbeiterdiertel durch die außerordentlich hohen Ziffern kleiner und kleiner Wohnungen sofort auf, überall sind dort die Hinterhöfe noch stärker belegt und wir sehen, daß die Proletariatsdiertel auf kleine und kleinste Wohnungen von vornherein eingerichtet sind und damit die Zahl der Wohnungen in einem Hause weit größer ist wie in anderen Stadtteilen. Hier sind Häuser zu finden, von welchen man kaum mehr davon sprechen kann, daß die Menschen „wohnen“, wo sie vielmehr ineinander und aufeinander gedrückt sind, hundert und noch mehr Familien auf einem Grundstück. Luftspendende, das Auge erfreuende Gärten fehlen ebenso wie ordentliche Höfe für die Jugend.

Die Ermittlung, ob der Patient ein Bett zur alleinigen Verfügung hat, ergab, daß dies 1916 bei 1920 und 1915 bei 1612 Kranken nicht der Fall war; aber nicht genug daran, wir müssen uns auch überzeugen, daß überhaupt ein großer Bettmangel herrscht. Haushaltungen mit 6, 7, 8, ja 10 und mehr Personen, in welchen nur 3 oder 4, vereinzelt noch weniger Betten vorhanden sind, wurden angetroffen. Mit Recht bezeichnet Kohn dieses Ergebnis als eines der erschütterndsten, zu welchen die Arbeit führte.

Die vorgenommenen Feststellungen ergeben nach verschiedener Richtung erfreuliche Fortschritte, mit Recht wird aber darauf verwiesen, daß dies Ergebnis hauptsächlich auf den Krieg zurückzuführen ist. „Fast in jeder Familie ist ein männliches Mitglied, häufig genug mehrere eingezogen, demgegenüber sind die Fälle gering, in welchen ein junger Hausstand aufgelöst wurde, weil der Mann ins Feld mußte und die Frau in das Elternhaus zurückkehrte. Wir müssen damit rechnen, daß mit der Rückkehr unserer Truppen in die Heimat wieder ein stärkeres Zusammendrängen von Menschen in den Wohnungen stattfinden wird.“

Der Verfasser verweist auf die schweren Schädigungen, welche das Berliner Mietsmiettenhaus für die Gesundheit seiner Bewohner im Gefolge hat und befürchtet eine Häufung dieser Mißstände und damit eine Gefahr für die Gesundheit der Nation, wenn nicht zeitig einer Wohnungsnot nach dem Kriege vorgebeugt und dem Kleinwohnungsweesen größte Aufmerksamkeit zugewendet wird. Die Krankenkassen werden zur Förderung der gemeinnützigen Bautätigkeit durch Vergabe hypothekarischer Darlehen aufgefordert.

Die Arbeitszeit der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter.

Ueber die Arbeitszeit der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter hat der Reichslangler ein ausführliches Schreiben an die Bundesregierungen gerichtet. Die Ausnahmen von den besonderen Schutzbestimmungen gehen jetzt soweit, daß sie beinahe der Aufhebung gleichkommen. Zusammenstellungen haben auch ergeben, daß die zugelassene Arbeitszeit zum Teil außerordentlich lang ist. Die Ausnahmen sind auch zum Teil für die Dauer des Krieges ohne weitere Einschränkung erteilt. Wenn auch nicht zu vermeiden ist, daß Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter die Plätze der männlichen Arbeitskräfte einnehmen und deshalb auch nachts beschäftigt werden, so soll dies nur so weit geschehen, als es zur Vertiefung der unentbehrlichen Waren nötig ist. Dasselbe gilt für die Nachtarbeit und die sonstigen Ausnahmen, besonders für die Heberarbeit der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter. Auf Veranlassung des Reichslanzlers hat auch das Kriegsamt die Kriegsmaschinen angezogen, ebenfalls uahin zu wirken, daß die Heberarbeit und Nachtarbeit von Frauen und jugendlichen Arbeitern möglichst eingeschränkt wird. Bedacht genommen werden soll auch auf die Festigung der Pausen und der Mindestruhezeit sowie die sonstige Wohlfahrtspflege.

Pflichten ohne entsprechende Rechte.

Die Tätigkeit im Dienste der öffentlichen Wohlfahrt ist nicht gegen Unfall versichert. Bei der Schaffung der Reichsversicherungsordnung von und gestellte Anträge, der Versicherung auch Personen zu unterstellen, die tätig sind, bei Veranstaltungen zu religiösen, wohltätigen oder gemeinnützigen Zwecken oder zu Zwecken der Kunst, Wissenschaft, Gesundheitspflege und Leibesübungen, sind leider abgelehnt worden. Welche Wirkung das geltende Recht nun ausübt, zeigt folgender vom Reichsversicherungsamt entschiedener Fall. Ein auf einem See mit Ueberehren beschäftigter Arbeiter erkrankte beim Versuch, einen eingebrochenen Soldaten zu retten. Seine Hinterbliebenen sind von allen Instanzen abgewiesen worden, vom Reichsversicherungsamt mit folgender Begründung:

„W. hat sich, als er den an der anderen Seite des Sees auf dem Eise einbrechenden Soldaten zu Hilfe eilte, von dem Betriebe gelöst. Denn keineswegs war die ganze große Fläche des Sees für ihn Betriebsgebiet, sondern nur der Teil mit nächster in Beziehung stehender Umgebung, wo er mit Ueberehren beschäftigt war. Seine Hilfeleistung diente auch

nicht dazu, wie die Klägerin behauptet, „Schaden vom Betriebe“ abzuwenden, sondern entfrang der allgemeinen Menschenpflicht, dem in Lebensgefahr befindlichen Nächsten beizuhelfen. Die eingebrochenen Personen waren ohne jede Beziehung zum Betriebe, in dem W. beschäftigt war. Auch der Hinweis der Klägerin darauf, daß der tödliche Unfall ihres Ehemannes nicht eingetreten wäre, wenn er nicht gerade auf dem See gearbeitet hätte, ist nicht geeignet, eine andere Entscheidung zu rechtfertigen. Es liegt hier ein Mißverständnis der Ausführungen im Kommentar zur Unfallversicherung von Mosse-Nabeling II. Auflage S. 72 vor, auf welche sich die Klägerin beruft. An dieser Stelle wird erörtert, inwiefern Gefahren des „täglichen Lebens“, von denen der Verletzte während der Betriebsfähigkeit betroffen wird, den Unfall zu einem Betriebsunfall stempeln. Voraussetzung für die Annahme eines Betriebsunfalles ist jedoch hierbei, daß der Verletzte, als er der Gefahr erlag, auch im Betriebe beschäftigt war (vgl. hierzu die inzwischen ergangene Rekursentscheidung des Großen Senats 2000. Amtliche Nachrichten des R.V.A. 1914 S. 411 ff.). W. hatte sich aber, als er den eingebrochenen Personen zur Hilfe eilte, vom Betriebe gelöst, wie oben dargelegt ist; er brach selbst ein, als er sich bereits bis auf etwa 10 Meter ihnen genähert hatte, also in weiter Entfernung von seinem Arbeitsplatz. Hiernach sind die Ansprüche der Klägerin auf Hinterbliebenenrente als nicht gerechtfertigt von den Vorinstanzen mit Recht abgelehnt worden.

Ein eigenartiges „Recht“ ist es, das die Hinterbliebenen um ihr Recht kommen läßt.

Dabei hat das R.V.A. schon mehrfach entschieden, daß eine kurze Unterbrechung der Arbeit „eine so menschlich verständliche und den Interessen des Betriebes so wenig zuwiderlaufende, daher auch dem vermeintlichen Willen des Arbeitgebers nicht entgegenstehende Handlung“ sei, daß sich der Arbeiter dadurch nicht von seiner versicherten Betriebsfähigkeit löst, sofern er sich zur Befriedigung seiner Schaulust oder Anteilnahme nicht aus den örtlichen Grenzen der Betriebsstätte entfernt, oder sich nicht Gefahren, die für ihn bei seiner Betriebsfähigkeit nicht in Betracht kommen, aussetzt“ (La 1929/06). Hätten nicht diese Grundzüge auch in diesem Falle angewendet werden können? Zumal doch als zweifellos angenommen werden muß, daß der Arbeitgeber des Verunglückten, wäre er an Ort und Stelle gewesen, seine Arbeiter zur Rettung des Soldaten aufgefordert haben würde. Dann aber wäre die Versicherungspflicht gegeben gewesen, dann wäre der Unfall „bei anderen Diensten“ erfolgt. Ach ja, es hätte schon anders entschieden werden können, wenn — ja wenn die Rechtsprechung nicht so formalistisch wäre.

Weil sie es leider ist, bleibt nur eine Aenderung des Gesetzes im Sinne der von der Sozialdemokratie schon früher gestellten Anträge. Die Notwendigkeit wird durch dies hier besprochene Urteil dargetan. Es kann nicht angehen, daß der Erfüllung allgemeiner Menschenpflichten nicht auch entsprechende Rechte der Allgemeinheit gegenüber stehen. Verlangt die sittliche Anschauung, daß der eine dem andern in Not des Lebens helfe, dann darf der eine, der bei dieser Hilfeleistung verunglückt, oder seine Hinterbliebenen, auch billig verlangen, daß die anderen, die Allgemeinheit, auch ihm oder ihnen helfe.

Berichtszeitung.

Verzögerte Erteilung des Arbeitscheins. Ein bei der Firma Loewe u. Co. beschäftigt gewesener Sieber wollte das Arbeitsverhältnis auflösen, weil er sich, da er eben von einer Krankheit genesen war, zur Leistung seiner Arbeit zu schwach fühlte und sich leichtere Beschäftigung suchen wollte. Der Sieber wies seinen Schwächezustand durch ein ärztliches Attest nach, aber die Firma ordnete eine Untersuchung durch ihren Vertrauensarzt an, die zu demselben Ergebnis führte. Die Entlassung und die Erteilung des Arbeitscheins hatte sich dadurch um einen Tag verzögert, wofür der Sieber, der ohne Arbeitschein keine andere Arbeit übernehmen konnte, 10 M. Schadenersatz beim Gewerbergericht einlegte. Der Vertreter der Firma meinte, der Kläger hätte sich wegen Erteilung des Arbeitscheins an den Kriegsausschuß wenden und bis zu dessen Entscheidung weiterarbeiten müssen. Das habe er aber nicht getan. — Das Gericht verurteilte die beklagte Firma, dem Kläger 10 M. zu zahlen, denn da der Kläger tatsächlich nicht imstande war, seine bisherige Arbeit zu leisten, so konnte ihm die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses nicht zugemutet werden. Die Firma hätte ihm entweder leichte Arbeit zuweisen oder ihm den Arbeitschein sofort erteilen müssen.

Vertrag zum Nachteile der Stadt Berlin sollte der Hausbesitzer Rniehandel dadurch begangen haben, daß er die von ihm eingegangene Verpflichtung zur Gewährung eines Mietsnachlasses für eine Kriegerfrau nicht innehielt. Er hatte ein vom Bezirksvorsteher auf Eruchen der Kriegerfrau D. ausgefertigtes Schriftstück unterschrieben, worin stand, daß er 5 M. Mietsnachlaß unter der Voraussetzung gewähre, daß für die Frau D. ein Mietszuschuß der Stadt bewilligt werde. Ein derartiger Mietszuschuß in Höhe von 12 M. monatlich wurde unter der Voraussetzung bewilligt, daß der Hausbesitzer den Mietsnachlaß von 5 M. gewähre. Der Zuschuß wurde auch ausbezahlt. Der Angeklagte gewährte aber nicht den Nachlaß von 5 M. Später kam das zur Kenntnis des Berliner Magistrats, der Strafantrag stellte. — Das Landgericht verurteilte den Angeklagten gleich dem Schöffengericht wegen Betruges zu 500 M. Geldstrafe. Der Angeklagte legte Revision ein und machte geltend: Er habe jene vom Bezirksvorsteher angefertigte Urkunde nicht durchgesehen und nicht gewußt, daß sie die Verpflichtung zu einem Mietsnachlaß enthielt. Er habe damals in seinem Hause schon an 18 Kriegerfamilien Mietsnachlasse gewährt und hätte weitere Nachlässe nicht mehr zugelassen können. Uebrigens sei die Stadt Berlin nicht geschädigt worden. — Das Kammergericht verwarf das Rechtsmittel und führte aus: Der Angeklagte hatte durch die fragliche Unterschrift sich zu einem Mietsnachlaß bereit erklärt. Da er nicht danach handelte, so habe er die Bereitwilligkeit nur vorgepiegelt und sich dadurch nicht nur einen unberechtigten Vermögensvorteil verschafft, sondern auch die Stadt Berlin geschädigt, die verpflichtet war, die Mietshilfe zu zahlen, wenn der Hausbesitzer einen Mietsnachlaß gewähre.

Eingegangene Druckschriften.

- Zometietze 1917.** Von Hauptmann d. V. Höder. 4 M. Verlag der „Aller Kriegszeitung“.
- Zum Kapitel Frauenwahlrecht.** Von E. Wapin. 40 Pf. Karl Pfeffer, Heidelberg.
- Schutz der Mieter gegen Mietssteigerungen.** 40 Pf. Franz Bahlen, Berlin.
- Jahrbuch der Krankenversicherung 1916.** Verlagsgesellschaft Ortskrankenkassen m. b. H., Dresden.
- Troubadour auf Feldwacht.** Von Kurt Corvinh. 1 M. Eugen Debetzsch, Jena.
- Das Koalitionsrecht und das Gewerbe- und Landarbeiterrecht.** Herausgegeben vom Vorstand der Gesellschaft für soziale Reform. 60 Pf.
- Das Koalitionsrecht und die Kräftepolitischen Neben- und Polizeigesetze.** 80 Pf. Gustav Fischer, Jena.
- Die Reichsgerichtsverföhrung für die Arbeiter 1917.** Von Dr. Arthur Lippendelmer. 2 M. Franz Bahlen, Berlin.
- Ein deutscher Frieden.** Von F. Koch, Geh. Admiralitätsrat a. D. 90 Pf. Verlag Söll u. Schardt, Berlin.
- Nationalitätsprinzip und Bevölkerungsstandaustausch.** Von Dr. Richard Emin Stenbl. 80 Pf. Verlag von Hinrich U. Giesecke, Dresden.
- U. S. Amerika.** Von Dr. Albrecht Penz. 1 M. J. Engelhorns Nachf., Stuttgart.
- Mit den deutschen Heeren.** Von Edwin Emerson. 2 M. Franz Hanfstaengl, München.
- Der Zeitanwalt von Knebel-Döberitz.** Von Rudolf Prescher. Gedruckt. Verlag, Berlin. 1 M.
- Le Livre d'un Fou.** 1914, 1915, 1916. (Das Buch eines Narren.) Von L. Dabier. 4 Fr. Ferd. Hgk, Bern.

Verantwortlich für den Inhalt: Erich Kautner, Berlin; für den äußeren Teil des Blattes: Alfred Schulz, Ruchlin; für den inneren Teil: Dr. Giesecke, Berlin. Druck u. Verlag: Hermanns Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Groß-Berlin

Wer den Frieden will,

muß das Blatt unterfüttern, das am entschiedensten und wirksamsten für den Frieden eintritt.

Wer den freiheitlichen Fortschritt will,

muß ein Blatt lesen, das unablässig für demokratische Reformen im Innern kämpft.

Wer soziale Wohlfahrt will,

muß die Zeitung halten, die die Interessen der Verbraucher der Soldaten, der Arbeiter und Arbeiterinnen vertritt. Wer, nicht lau, indifferent, schlafmüdig und ein überflüssiger Zeitgenosse sein will, der

muß den „Vorwärts“ lesen

und für seine weitere Verbreitung tätig sein. Dazu ist gerade in diesen Tagen die rechte Zeit. Was jetzt bis zum 1. Oktober verjährt wird, ist später schwer nachzuholen. Darum ergeht an unsere Freunde noch einmal der Ruf:

Sorgt zum Quartalswechsel für neue „Vorwärts“-Leser!

Getreide- und Mehlchiebungen

Großen Getreide- und Mehlchiebungen zwischen Thorn und Berlin ist das Kriegswucheramt auf die Spur gekommen. Der Vorsteher des Güterbahnhofes in Thorn, Wilhelm Böning, Thorn, Leibnizstraße 25, benutzte vor kurzem seinen Sommerurlaub, um nach Berlin zu fahren mit der Absicht, hier Verbindungen mit Lebensmittelhändlern anzuknüpfen. Er lernte hier den Kaufmann Bruno Anders, Schöneberg, Baherischer Platz 4, kennen. Anders erbot sich Böning gegenüber, größere Posten Roggenmehl abzunehmen. Darauf veranlaßte Böning den Mühlenverwalter Ripper in Thorn, Altstädtischer Markt 24, den Verwalter der in der Nähe von Thorn belegenen großen Leibnizmühle, 400 Zentner (also 2 volle Waggon) Roggenmehl zu Zuckerpreisen zu verkaufen. Rippert hatte es verstanden, sich widerrechtlich Frachtbriefe zu verschaffen, die für Transporte an Provinzialämter der Heeresverwaltung bestimmt waren. Auf diese Frachtbriefe hin sollten die beiden Waggon nach Berlin in die Hände der Schieber gebracht werden. Um den Eisenbahnverlad ab Station Leibniz möglichst zu machen, wurde der Gilsweidensteiner Wag Stiemert in Leibniz ins Vertrauen gezogen. Als alles fertig war, fuhr Anders von Berlin nach Leibniz, um dort die beiden Waggon zu übernehmen. Anders verschloß aber im Schlafwagen die Zeit, fuhr über Thorn hinaus, und als er mit dem nächsten Zuge nach Thorn zurückkehrte, fand er Beamte des Kriegswucheramtes aus Berlin vor, die ihn und die drei anderen Schieber festnahmen und in das Thorer Gerichtsgefängnis abführten. Die beiden Waggon mit Roggenmehl konnten beschlagnahmt werden. Der Gütervorsteher Böning fühlte sich so sicher, daß er einem der ihm unbekanntem Beamten des Kriegswucheramtes anbot, in etwa 14 Tagen einen Waggon = 200 Zentner Erbsen, im Oktober 2000 Zentner Kartoffeln und einige fette Schweine im Gewicht von je 3 1/2 Zentner zu beschaffen. Er gab an, einen ganz sicheren Ort zu haben, wo die Schweine geschlachtet werden könnten, diese würden dann in drei oder vier Risten verpackt, als „Umzugsgut“ deklarieren, von verschiedenen Bahnhöfen verschickt werden, damit kein Mensch Verdacht schöpfen könne. Der Gilsweidensteiner Stiemert bot aus eigenem Antriebe größere Posten Roggen, Weizen, Gerste, Hafer und 200 Zentner Erbsen zu Zuckerpreisen an. In die Angelegenheit scheinen noch mehrere Berliner Personen verwickelt zu sein, wie die weitere Untersuchung ergeben dürfte.

Bei einer anderen großen Mehlchiebung wurden der Kaufmann Alfred Hilgner, Karlsdorf, Andernacher Str. 12, der Reisende Martin Grünstein, der sich als ungarischer Fährtenführer ohne Wohnung in Berlin aufhielt, der Fuhrer Adam Reisinger, Berlin, Eibinger Straße 85, der Kaufmann Karl Ruzick, Baumjulenweg, Gleisstr. 11, die Fuhrwerksbesitzerin Wilhelmine Raab, Berlin, Jonskirchstraße 6, betroffen. Die Beteiligten verjurten einen Waggon Mehl, als „Gips“ deklarieren, zu Zuckerpreisen nach Hamburg zu verschicken. Den Zuckerern konnten 44 352 M. bares Geld und ein Scheck über 5275 M. abgenommen werden. Das Mehl wurde beschlagnahmt und vom Kriegswucheramt der Reichsgereichtsstelle zur Verfügung gestellt. Grünstein, Reisinger und Ruzick wurden durch das Kriegswucheramt in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Erhöhung der Milchpreise in Groß-Berlin.

Vom 23. September ab beträgt der Milchpreis für Vollmilch 34 Pf. (bisher 28 Pf.) und für Magermilch 18 Pf. (unverändert) für das Liter frei in Waggonen oder Schiff der Verladestelle. Für Lieferung frei Bestimmungsort beträgt der Erzeugerhöchstpreis für Vollmilch 36 Pf. (bisher 30 Pf.) und für Magermilch 20 Pf. (unverändert). Die bisher kann für Vollmilch, die vor der Lieferung molkereimäßig behandelt worden ist, ein Zuschlag von 2 Pf. für das Liter gefordert werden. Da die Preisspannung zwischen Erzeugerhöchstpreisen und Kleinhandelspreisen in Groß-Berlin von der Preisprüfstelle auf 8 Pf. bemessen worden ist, ist zu erwarten, daß der Kleinhandelshöchstpreis in Groß-Berlin für molkereimäßig behandelte Vollmilch, die zum Teil in Verkehr kommt und für die der Erzeugerhöchstpreis einschließlich des Zuschlages 38 Pf. beträgt, von 40 auf 46 Pf. erhöht werden wird.

Berliner Lebensmittel.

Die Frist zur Anmeldung für die neuen Fleisch-Kundenverzeichnisse läuft mit Sonntag, den 23. September, ab.

Aus der Deputation für Arbeitsnachweis.

Die letzte Sitzung der Deputation für Arbeitsnachweis hatte eine reichliche Tagesordnung zu erledigen. Vom Verband Märkischer Arbeitsnachweise lag der Antrag vor, die Stadt möge die Verpflegung übernehmen, für einen etwaigen Hehlbetrag der Kriegsbetriebsverhältnisse bis zur Höhe von 100 000 M. zu haften. Die Deputation beschloß, die Garantieverpflichtung bis zur Höhe von 8800 M. zu übernehmen, lehnt aber für die Zukunft jegliche Zuschüsse aus städtischen Mitteln ab. Der Verband Märkischer Arbeitsnachweise gibt eine Bilanzliste heraus, über deren Wert und Zweckmäßigkeit die Meinungen geteilt sind. Es wurde daher beschlossen, das Generalkommando zu ersuchen, eine Anordnung zu erlassen, daß die Arbeitsvermittlung für Kriegsbeschädigte einheitlich lediglich durch die zuständigen amtlichen Stellen und zwar durch den Arbeitsnachweis für Kriegsbeschädigte und die von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen gebildeten Arbeitsgemeinschaften auszuführen ist. Außerdem wurde es für wünschenswert erachtet, die Arbeitgeber der in der Stellenliste des Bundes Märkischer Arbeitsnachweise bekanntgegebenen Berliner Stellen zu ersuchen, künftig sich lediglich der für die Kriegsbeschädigten bestehenden zuständigen Vermittlungseinrichtungen zu bedienen.

Ferner lagen der Deputation die Satzungen für einen neu zu gründenden Arbeitsnachweis für die Schuh- und Schäftefabrikation zur Genehmigung vor, desgleichen die Satzungen des bisherigen patriotischen Arbeitsnachweises für das Berliner Holzgewerbe, der demnächst in die Verwaltung der Stadt Berlin übergeben soll. In § 2 aller Satzungen ist die Bestimmung enthalten, daß der Vorsitz in den Sitzungen des Kuratoriums durch abwechselnd einen Arbeitgeber und einen Arbeitnehmer. Bei eintretenden Differenzen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer-Vorsitzern wird ein Mitglied der Deputation für Arbeitsnachweise mit der Leitung der Sitzung betraut. Dieser Antrag wurde abgelehnt, da seitens der Deputation für unerlässlich angesehen wurde, daß durch einen unparteiischen Vorsitzenden eine ständige Verbindung zwischen dem Kuratorium und der städtischen Verwaltung hergestellt wird. Hinsichtlich der Kosten wurde die Vereinbarung getroffen, daß die beteiligten Arbeitnehmerverbände und die Tischler-Zunft je 3000 M. als Jahresbeitrag zahlen. Nach Ablauf von sechs Monaten nach Friedensschluß soll der Frage eines höher zu zahlenden Beitrages seitens der Interessenten von der Deputation näher getreten werden. Die Satzungen für den Arbeitsnachweis für die Berliner Schuh- und Schäftefabrikation wurden glatt genehmigt. Die im vorigen Bericht erwähnte Einwohnerliste, die für die Dauer eines Vierteljahres gelten soll, wird zunächst gewerbeweise für männliche Arbeitsjünglinge zur Einführung gelangen.

Schutz dem unehelichen Kinde!

Eine Tagung deutscher Berufsvormünder fand in Berlin statt. In einer Vorversammlung wurde der Schutz des unehelichen Kindes erörtert. Seine Notwendigkeit ist, nachdem längst die Berufsvormünder sie immer wieder betont hatten, auch im Reichstagsausschuß für Bevölkerungspolitik anerkannt worden. Prof. Klumler in Frankfurt a. M., der die Tagung leitete, wies in seinem Referat auf die weitaus höhere Säuglingssterblichkeit der Unehelichen hin. Sie wirkt nicht als Ursache; denn auch die überlebenden Unehelichen werden in den späteren Kindheitsjahren noch in großer Zahl von Krankheit und Tod betroffen. Dazu kommt, daß sie auch in sittlicher Hinsicht die Folgen des Elends zeigen, in dem sie aufwachsen. Unter den Fürsorgezöglingen sind fünf bis sechsmal soviel Uneheliche, als nach dem ihnen zukommenden Anteil darunter sein dürften. Aus dem Elend der Unehelichen ergibt sich die Notwendigkeit ihres Schutzes. Wir haben in Deutschland mit etwa einer Million unehelicher Kinder unter 14 Jahren zu rechnen. Die Schuld an der Not der Unehelichen trifft nicht nur Vater und Mutter, sondern auch die Gesellschaft. Warum überläßt der Staat, fragte Klumler, uneheliche Kinder dem Elend und dem Verbrechen? Nimmt er sich der Unehelichen besser an, dann werden auch Vater und Mutter sich ihrer Pflicht besser bewußt werden. Korreferent Stadtrat Rosenstock-Königsberg i. V. stellte für den Schutz der Unehelichen bestimmte Forderungen auf. Ein schnelleres Verfahren zur Erlangung der Unterhaltsbeihilfe sei nötig, weil gerade auf die ersten Lebensmonate der Unehelichen viel ankommt. Da das uneheliche Kind vom ersten Tage an Säugung braucht, so müsse zunächst der gesetzliche Berufsvormund eingreifen, der später durch den Einzelvormund ersetzt werden könne. Eine öffentliche Instanz müsse die fehlenden Mittel zur Verorgung des Kindes vorsehen. Der Einzelvormund dürfe nicht durch Zwang bestellt werden, sondern müsse ein freiwilliger und bereiter Schlichter sein. In der Diskussion trat der Gegensatz zwischen Berufsvormund und Einzelvormund hervor. Mit Befriedigung wurde festgestellt, wie sehr die Ansichten über das uneheliche Kind sich in neuester Zeit gewandelt haben. Nur sollte man bei der Fürsorge mehr an das Kind als an das Staatsinteresse denken.

Schüler auf der Pilzjude. In Schöneberg veranstaltet die Hohenzollernschule jetzt Ausflüge von Schülern zu dem Zweck, in den Wäldern der näheren und entfernteren Umgebung von Berlin die Pilzschätze zu sammeln. Ein pilzkundiger Lehrer begleitet die Schüler, so daß sie zweckentsprechend angeleitet und über die rechte Art des Pilzsammelns belehrt werden können. Der Gedanke, solche Pilzausflüge zu machen, ist von einem Einwohner Schönebergs angeregt worden und hat den Beifall des Magistrats gefunden. Das Ergebnis der Pilzjude wird durch Vermittlung des Magistrats auf den Markt gebracht und dort zu ungefähr marktüblichen Preisen verkauft.

Kriegstagung der deutschen Saalbesitzer. Der Bund der Saal- und Konzertlokalitäten Deutschlands, der Mittwoch seine diesjährige Kriegstagung mit einer Delegiertenversammlung eingeleitet hat, hielt am gestrigen Donnerstag seine Hauptversammlung ab. Redakteur Stadtverordneter Friedrichs-Schöneberg sprach über die Lage des Saalgewerbes vor, während und nach dem Kriege. Es sollen in Zukunft Saalräume für Vereine, Gesellschaften, Vorführungen usw. nur gegen eine feste Entschädigung abgegeben werden. Der Bundestag nahm einen Antrag an, bei den zuständigen Stellen dahin vorstellig zu werden, daß die Genehmigung zum Tanz wie in Friedenszeiten wieder erteilt wird. An den Bundesrat soll eine Eingabe gerichtet werden, die Stundungsfrist für Hypotheken weiter zu verlängern. Sehr eingehend beschäftigte sich die Versammlung auch mit der Frage des sogenannten Kundenschutzes.

Beschränkung des Güterverkehrs. Vom 20. d. M. ab wird der Güter- und Frachtgutverkehr auf solche Güter beschränkt, die im Interesse der Kriegswirtschaft und Volksernährung unbedingt erforderlich werden müssen. Ferner sollen vom 20. d. M. ab regelmäßig Güterzüge nur angenommen werden, wenn das Einzelgewicht nicht mehr wie 100 Kilogramm beträgt. Sobald die gesamte Inanspruchnahme der Eisenbahn es zuläßt, werden diese Maßnahmen beseitigt werden.

Das heutige Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters findet im Stadttheater Noabit, Al-Noabit 47/48, statt. Beginn des Konzerts 8 Uhr. Eintrittspreis 30 Pf., Kasseneröffnung 7 Uhr.

Die Konjunktionsgesellschaft im Film. Die hochinteressanten Lichtbilder der Konjunktionsgesellschaft Berlin und Umgebung werden vom 21. bis 24. September in den Kolonnen-Lichtspielern, Schöneberg, Kolonnenstr. 5/6, und vom 25. bis 27. September in den Lichtspielen Köpenicker Str. 80 A, vorgeführt werden. Der Film bringt Bilder der Gesamtanlage, ferner der riesigen Bäckerei, der Kaffeepackmaschine usw. Wir empfehlen unseren Lesern und Leserinnen die Beschäftigung des lehrreichen und interessanten Films.

Lichtspiele Tauentzien-Palast. Bernd Aldor kommt in der heute Freitag beginnenden Spielwoche mit seinem eben fertiggestellten Film auf den Spielplan. Richard Oswald hat die Regie dieses Schauspielers geleitet, das den Titel führt: „Der Schlossherr von Hohenstein“. Der U-Boot-Film II 35, Kapitän Arnaud die la Perrière verliert in 28 Tagen 24 Schiffe mit 80 000 Tonnen, wird auch noch diese Woche im Programm gezeigt.

Soldatentragedie dahien. Ueber eine Ehetragödie wird aus dem Osten der Stadt berichtet. Hier wohnt seit einiger Zeit die Ehefrau Marie des zurzeit im Felde befindlichen Soldaten Jüterbock mit einem Mann namens Winkelmann in dem Hause Jorndorfer Straße 44 zusammen. Als nun heute nachmittags Jüterbock aus dem Felde auf Urlaub kam, fand er seine Wohnung in der Kochstraße verschlossen und als er öffnen ließ, fand er fast die ganze Wohnung ausgeplündert und seine Frau verschunden. Er ersucht nun, daß sie mit Winkelmann in der Jorndorfer Straße schon seit einiger Zeit zusammen wohnte. Er ging dorthin und stellte sie zur Wehr. Nach heftigem Wortwechsel zog er ein

Seitengewehr und hieb der Frau zweimal über den Kopf, zwei Stiche in die Rippen und einen Stich in den Unterschenkel. Dann stellte er sich selbst der nächsten Polizeiwache. Die Frau wurde in ärztliche Behandlung gegeben.

Der Richtige.

Der Scheidemann ist ihm fatal, Weil nicht genügend radikal. Den „Vorwärts“ hat er auf den Zug Weil er nicht radikal genug. Er geht nicht in den Wahlverein. Er mühte radikaler sein. Und der so täglich host und tost — Was liest denn er? Die „Morgenpost“!

Charlottenburg. Die Stadtverordnetenversammlung nahm am Mittwoch den Bericht des Ausschusses über die Vorlage betreffend Gewährung von Kriegsteuerzulagen und Kriegslohnzuschlägen entgegen. Der Ausschuss hat die Vorlage in einigen Punkten abgeändert. So hat er u. a. die Erhöhung des Kriegslohnzuschlages auf 25 Pf. pro Stunde und die Gewährung von Steuerzulagen auf sämtliche Mitglieder des Magistrats beschlossen. Mit diesen Änderungen erklärte sich die Stadtverordnetenversammlung unter Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrages auf Erhöhung des Kriegslohnzuschlages auf 30 Pf. einverstanden. In der Begründung dieses Antrages führte Genosse Dr. Worchardt aus, daß die sozialdemokratische Fraktion es sich vorbehalten, wenn der Krieg noch lange andauere und die Verhältnisse noch schwieriger würden, eine Revision des gesamten Normaltarifs zu beantragen, daß sie also keineswegs damit einverstanden seien, daß die jetzt gewährten Steuerzulagen unbedingt während der ganzen Dauer des Krieges nicht erhöht werden dürfen.

Weitere Vorlagen des Magistrats betrafen Erhöhungen des Wasserpreises, des Gaspreises und des Preises für elektrischen Strom. Der Gaspreis soll von 16 auf 20 Pf. pro Kubikmeter erhöht werden. Nach eingehender Debatte wurden diese Vorlagen einem besonderen Ausschuss zur Vorbereitung überwiesen.

Endlich beschäftigte sich die Versammlung noch mit einer von dem Genossen Leupold begründeten sozialdemokratischen Anfrage: „Ist dem Magistrat bekannt, daß ein großer Teil des von der Stadt gelieferten Obstes und Gemüses in verdorbenem Zustand zum Verkauf gelangt? Was gedenkt der Magistrat zu tun, um diesem Uebelstand abzuhelfen?“ Die der Interpellation zugrunde liegenden Tatsachen mußte der Dezerent des Magistrats im wesentlichen zugeben, er wies aber nach, daß der Verderb von Waren sich bei den großen Entfernungen nicht ganz vermeiden lasse. Auf keinen Fall dürften die Kleinhändler verderbte Waren verkaufen, denn ihr Verdienst reiche völlig aus, um solche Waren auszuhalten. Es seien jetzt alle Vorkordungen getroffen, nicht einwandfreie Waren vom Verkauf auszuschließen und als Viechutter zu verwenden.

Die Ausgabestellen für Bezugsgeld sind werktäglich, abgesehen von Mittwoch und Sonnabend, von 9—2 Uhr für das Publikum geöffnet. Am Mittwoch werden die Stellen vormittags von 9—1 und nachmittags von 4—6 Uhr, am Sonnabend vormittags von 10 bis 1 und nachmittags von 4—7 Uhr geöffnet sein.

Neuaufl. Kistenverkauf zur Kartoffelagerung findet, wie aus der heutigen amtlichen Bekanntmachung hervorgeht, auf dem städtischen Elowerl, Mittelbuschweg, zum Preise von 2 M. das Stück statt. Dasselben eignen sich ganz besonders zur Lagerung von Kartoffeln in den Haushaltungen und werden, soweit der Vorrat reicht, dortselbst gegen sofortige Bezahlung während der Geschäftsstunden von 9—12 und 2—6 abgegeben werden.

— 67 000 000 M. Kriegslasten. Die Ausgaben für Kriegszulagen betragen im Monat August 2 065 954 M. Seit Kriegsbeginn wurden bis jetzt insgesamt 48 528 440 M. für Kriegszulagen verausgabt. Die Mietbeihilfen erforderten bisher 10 149 782 M., während für Zwecke der freiwilligen Kriegszulagen 715 375 M. aufgewendet wurden. Zur Befolgung der während des Krieges neu eingeführten Hilfskräfte und zur Gewährung von Steuerzulagen wurden bis jetzt 3 077 208 M. verbraucht. Die Verzinsung der aufgenommenen Kriegsdarlehen erforderte bisher 2 685 730 M. Die Gesamtaufwendungen für Kriegszulagen haben nunmehr die Höhe von 67 294 208 M. erreicht.

— Städtische Buchhaltungskurse. Für Kriegerfrauen, Kriegerväter und deren Töchter werden im kommenden Winterhalbjahr zwei kurzfristige kaufmännische Kurse eingerichtet. Ein Kurs umfasst einfache Buchführung mit Übung im Bank-, Wechsel-, Scheckverkehr und Steuerwesen, der andere nur Schriftverkehr und Rechnungswesen. Die Dauer der Kurse beträgt je 10 Wochen. Der Unterricht findet an zwei noch zu bestimmenden Wochentagen abends von 8 bis 10 Uhr statt. Das Schulgeld beträgt 3 M. für einen Kursus. Beginn des Unterrichts: Donnerstag, den 11. Oktober, abends 8 Uhr, in der städtischen kaufmännischen Fortbildungsschule, Donaustr. 120. Anmeldungen werden dabeilbst im Geschäftszimmer wochentäglich von 8 bis 12 Uhr und 4 bis 7 Uhr, Mittwoch und Sonnabend nur vormittags entgegengenommen.

Wilmersdorf. Neue Kundenverzeichnisse in den Fleischereigeschäften. Vom 1. Oktober ab treten neue Kundenverzeichnisse in Kraft. Die Einwohner, die Fleisch usw. aus hiesigen Fleischereigeschäften oder den städtischen Fleischhallen beziehen wollen, haben sich bis zum 28. September d. J., abends 8 Uhr, in den Fleischereigeschäften oder in den städtischen Fleischhallen unter Vorlage ihrer Fleischkarten in das Kundenverzeichnis persönlich oder durch ein Mitglied ihres Haushaltes einzutragen. Auf Wunsch sind die Inhaber der Fleischereigeschäfte oder die beiden städtischen Fleischhallen verpflichtet, die Eintragungen für die Anmeldenden zu bewirken. Die Inhaber der Fleischereigeschäfte und die städtischen Fleischhallen sind verpflichtet, zum Zwecke der Eintragung in das Kundenverzeichnis ihre Läden am Montag, den 24. September, Dienstag, den 25. September, Mittwoch, den 26. September, Donnerstag, den 27. September, Freitag, den 28. September, und Sonnabend, den 29. September, bis abends 8 Uhr offen zu halten. Die Eintragung in das Kundenverzeichnis hat zur Folge, daß der Eintragung vom 1. Oktober d. J. ab bis zur Auflage neuer Kundenlisten Fleisch usw. nur aus dem Fleischereigeschäft beziehen darf, bei dem er mit Fleischkarten eingetragen ist. Wer die festgesetzte Frist für die Eintragung in das Kundenverzeichnis verläßt, bleibt vom Fleisch-, Fleischwaren- usw. Bezuge für die Dauer der am 1. Oktober beginnenden Fleischartenperiode ausgeschlossen.

— Öffnung der Fleischereien. Vom 1. Oktober ab wird mit Rücksicht auf die Einschränkung des Kohlen- und Gasverbrauches angeordnet, daß bis auf weiteres der Fleischverkauf nur von Dienstag bis Sonnabend von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags stattfinden. An jedem Freitag sind nachmittags von 4—7 Uhr alle Kunden, die am vorhergehenden Dienstag und Mittwoch zu kaufen verhindert waren, an jedem Sonnabend nachmittags von 4—7 Uhr diejenigen Kunden, die am Vormittag dieses Tages sowie am dem vorhergehenden Donnerstag und Freitag zu kaufen verhindert waren, zum Fleischkauf berechtigt.

Spandau. Lebensmittel. Donnerstag, den 20., hat der Verkauf von Marmelade in den durch Aushang kenntlich gemachten Geschäften begonnen. Auf jedes Feld 12 der Lebensmittelkarte werden 1/2 Pfund abgegeben. Der Preis beträgt für die Apfel-, Pflaumen- und gemischte Marmelade 64 Pf., für die Erdfrucht- und gemischte Marmelade 60 Pf. pro Pfund. Da der weitaus größte Teil aus Erdfruchtarmelade besteht, sind die Käufer verpflichtet, in erster Linie auch diese abzunehmen. — Am Sonnabend, den 22. September, beginnt der Verkauf der städtischen Margarine auf

Margarineabschnitt 4 der Speisefettkarte. Auf jeden Abschnitt werden 30 Gramm zum Preise von 12 Pf. veranschlagt. Mit Ablauf von Donnerstag, den 27. September, verliert Feld 4 seine Gültigkeit. Am Freitag, den 21. September, beginnt der Verkauf der städtischen Butter auf Butterabschnitt 4 der Speisefettkarte. Auf jeden Abschnitt werden 50 Gramm zum Preise von 27 Pf. veranschlagt. Mit Ablauf von Donnerstag, den 27. September, verliert Feld 4 seine Gültigkeit.

Lichtenberg. Kartoffeln. Mit Rücksicht auf die gegenwärtige reichliche Zukunft von Kartoffeln wird den Verbrauchern gestattet, für die kommende Woche vom 24.—30. September sich schon jetzt mit Kartoffeln zu versorgen. Es können daher auf die 10 Abschnitte der Kartoffelliste, und zwar auf die 6 schraffierten Abschnitte a, b, c je 1/2 Pfund und auf die vier übrigen Abschnitte d und e je 1 Pfund, zusammen also 7 Pfund Kartoffeln abgegeben und entnommen werden.

Weißener Lebensmittel. In der laufenden Woche dürfen außer den schon erhobenen fünf Pfund Kartoffeln weitere zwei Pfund auf die Abschnitte 7 f und g der Kartoffelliste entnommen werden. Die Gemeinde hat die Beschaffung von Spanferkeln in die Wege geleitet, die demnächst marktfrei an Weißener Einwohner zum Verkauf gelangen werden. Die Abgabe erfolgt in ganzen oder halben Tieren. Anträge auf Berücksichtigung bei der Verteilung sind sofort schriftlich dem Lebensmittelamte, Viktoriuststraße 24, Zimmer 31, einzureichen. In den Anträgen ist anzugeben, bei welchem Fleischer der Bewerber als Kunde eingetragen ist, da der Verkauf durch die Fleischerverkaufsstellen erfolgen soll.

Zegel. Aus der Gemeindevertretung. Auf dem Gemeindegrundstück Beitzstr. 6 macht sich die Errichtung weiterer Schuppen für die Wirtschaftsabteilung der Gemeinde nötig. Nach Erläuterung durch das Bauamt wird dem Antrage zugestimmt und der Betrag für die bereits ausgeführten Bauten in Höhe von 2000 M. bewilligt. Das Gemeindeamt unterbreitet die notwendige Erweiterung des Gemeindefriedhofs um 2800 neue Grabstellen. Dem Antrage wird zugestimmt und die weitere Bearbeitung des Projekts der Baukommission überwiesen. In das Kuratorium der höheren Lehranstalten wird Herr Müller und in das der Pflichtfortbildungsschule die Herren Malermeister Wolsch und Glasermeister Weiland gewählt. Dem Gemeindevorstand sollen Vorstände bis zu 15 Proz. des Jahresgehalts gewährt werden zur Erleichterung der Zeichnung für die siedende Kriegsanleihe. Die Abzahlungen sollen ein Zwölftel in jedem Quartal betragen, so daß in drei Jahren der Betrag gestillt ist. Die Stücke bleiben bis dahin im Gewahrsam der Gemeinde.

Kreis Zeltow. Sicherstellung der Kartoffelernte. Auch in diesem Jahre wird die gesamte Kartoffelernte im Kreise Zeltow für die öffentliche Bewirtschaftung durch den Kommunalverband in Anspruch genommen, um die Ernährung der Bevölkerung des Kreises mit

Kartoffeln zu gewährleisten. Der Zeltower Kreisverband hat eine dahingehende Verordnung erlassen, die am gestrigen Montag in Kraft getreten ist. Von der Beanspruchung durch den Kommunalverband freigelassen sind die Kartoffeln derjenigen Erzeuger, deren Anbaufläche nicht mehr als 200 Quadratmeter beträgt. Frei sind ferner bei allen Erzeugern diejenigen Kartoffelmengen, die für die eigene Wirtschaft, zur Saat, zur Verfütterung innerhalb der gezielten Bestimmungen, für Verluste durch Schwund und für die Verarbeitung in landwirtschaftlichen Trocknerien und Brennerien nach den gesetzlichen Bestimmungen zugelassen sind. Für jeden Kartoffelerzeuger wird im Kreise Zeltow eine Kartoffelwirtschaftskarte durch den Kommunalverband geführt. Auf Grund dieser Wirtschaftskarte wird die ablieferungspflichtige Gesamtmenge für jeden einzelnen Kartoffelerzeuger ermittelt. Ebenso wie der Kreis der Reichskartoffelstelle gegenüber für die vollständige und rechtzeitige Lieferung der umgelegten Kartoffelmengen haftet, so haften auch die Gemeinden und Güter dem Kreise in gleicher Weise für die Anlieferung der aus ihren Bezirken zu liefernden Mengen. Erfüllt die Gemeinde oder das Gut diese Lieferungsspflicht nicht, so wird der Kreis die Kürzung der für den Eigenbedarf zu belassenden Kartoffelmengen, die Einschränkung oder Einstellung der Lieferung von der Bewirtschaftung der Reichsgroßgetreidestelle unterliegenden Erzeugnissen und auch anderer durch den Kommunalverband zu liefernden Bedarfsgegenstände verfügen. Eine zweite Verordnung des Kreisverbandes betrifft die Regelung des Kartoffelverbrauchs im Kreise Zeltow. In den Bedarfsgemeinden wird der Wochenkopfflag nach Maßgabe der vorhandenen Vorräte und der Zufuhren durch den Vorsitzenden des Kreisverbandes von Zeit zu Zeit festgelegt. Im übrigen entspricht die Verbraucheregelung den Anordnungen in den Groß-Berliner Stadtgemeinden.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

Friedrichshagen. Mit der Gas- und Kohlenfrage beschäftigt sich eine vom Wahlverein einberufene öffentliche Versammlung. Genosse Ritter schilderte die Entstehung der Kohlenalamität an der Hand eigener Erfahrungen als Mitglied der Kohlenkommission von Berlin und Aufsichtsratsmitglied der Berliner Gasanstalten. Der Mangel an Heizstoffen brauche in Deutschland als einem der reichsten Kohlenländer nicht einzutreten. Die Gemeinden könnten nicht mehr zur Verteilung bringen als ihnen angedeihen wird. Einige Vertreter der Gemeinde waren erschienen und beantworteten an sie gestellte Fragen. Im übrigen waren sie auch der Meinung, daß es auf dem Gebiete der Kohlenversorgung nicht sehr rüchig aussähe. Einige Wahlvereinsmitglieder wurden neu aufgenommen.

Wildau-Königswusterhausen. Morgen Sonnabend, den 22. September, abends 8 Uhr, im Lokal von Schumann (Wildauer Hof): Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Groger über: „Die politische Lage“. Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

Briefkasten der Redaktion.

N. D. 100. Sie sind an den Betrag gebunden. Man soll nicht die Karte im Saal kaufen! Der Paragraph ist nur so zu verstehen, daß die Versicherungsgesellschaft nicht hat, falls der Kriegsschauplatz hierher verlegt würde und dann Dreibälle vorlämen. **N. 73.** Wenden Sie sich an die Geschäftsstelle der Humboldt-Akademie, Neue Friedrichstr. 53/54. — **G. P. 1000.** Bist du nicht. — **Ctto.** Das Buch ist unter dem Titel „Aufreue“ zum Preise von 1,80 M. durch die Vorwärtsbuchhandlung zu beziehen. — **N. 18.** Das erforderliche Alter ist 30—35 Jahre; die Lehrgeld beträgt in der Regel ein im Krankenhaus zwei Jahre, sodann ist auch eine postliche Prüfung erforderlich. Kautionskauf nicht gestattet zu werden. Kautionskauf nicht selbst beschaffen. — **No. 63935.** Das können wir Ihnen im Briefkasten nicht auseinandersetzen; wir verweisen Sie auf die Broschüre: „Soll, Der Laib und seine Behandlung“, zum Preise von 1 M. zu beziehen durch die Vorwärtsbuchhandlung. — **M. G. Poppard.** Haag, Böhrenstraße. — **N. D. 134.** Bis zu 50 Meter, es hängt sehr wesentlich von der Liebung und Geländebeschaffenheit ab. — **Blumenfreund 1876.** Wenden Sie sich an die Vorwärtsbuchhandlung, Lindenstraße 8. — **N. D. 52.** Der Nachweis der Unkosten muß erbracht werden. Käufer der 20 M. sind die Borderungen etwas hoch. — **N. 19.** Ja. — **N. 2.** Wenden Sie sich an einen Arzt. — **G. P. 12.** 1. Ja. 2. Ja, zeitweilig noch. — **M. im Felde 38.** Die Frage ist bereits beantwortet. — **Kirchh. 33.** Wenden Sie sich an Ihre zuständige Gasanstalt. — **N. 2. 77.** Rein. — **Einsegnung.** 1. Stellen Sie einen entsprechenden Antrag an die zuständige Protokollkommission. 2. Ziel Ausschüt auf Erfolg haben Sie nicht, da eine Verpflichtung zur Erhöhung Ihrer Ration nicht besteht. — **N. D. 300.** Wahrscheinlich nicht. Ist auch wohl durch den Anwesenheitsnachweis. Sie können vorwärtsüber schriftlich den Richter bitten, eine derartige Frage nicht zu stellen, wenn Sie Nachteile im Beispielen befürchten. — **M. D. 21.** 1. Rein. 2. Das kommt auf den späteren Versuch an. — **Im Felde 2149.** 1. Rein. 2. Ja. — **Artur.** Schreiben Sie den Sachverhalt an den Kommandoführer und beantragen Sie Urlaub, desgleichen Ihr Mann. — **N. G. 25.** 1. und 2. Ja. — **G. P. 21.** Wenn der Kontrakt ordnungsgemäß gekündigt ist, müssen Sie gehen. — **Heidelberg.** Das Einkommen der Frau muß weiter versteuert werden. Eventuell beantragen Sie Ermäßigung. — **Gildegard 100.** Sie haben Anspruch auf die Hälfte des Nachlasses. — **Train 222.** Das muß Ihr Bruder doch wissen. Darüber können wir von hier aus doch keine Auskunft geben. — **N. 1. Ja.** — **Marga 100.** Kommen Sie in die Sprechstunde. — **N. 2.** Einigen Sie sich mit der Steuerkasse dahin, daß Sie den vollen Betrag (84 M.) an den Wert zahlen und, nachdem Sie die Quittung der Steuerkasse vorlegen, die 64 M. an Sie direkt gezahlt werden. — **N. G. 100.** Wenden Sie sich an den Konkursverwalter. — **Dr. Jäslund.** 1. Er kann sofort einem Betriebe überwiesen werden. 2. Es soll ein auskömmlicher Lohn gezahlt werden. Damit ist nicht gesagt, daß der Lohn der früheren Beschäftigung erreicht wird. 3. Nicht die Gewerkschaft, sondern der Ausschuß. 4. Für den Arbeitnehmer besteht eine Abmündungsfrist dann nicht mehr. — **N. A. 10.** 1. und 2. Das kommt auf die kontraktlichen Bedingungen an. 2. Rein. — **N. G. 100.** Wenn kein Testament gemacht wird, erbt die Ehefrau 1/2, und die Kinder 1/3, des Nachlasses. — **N. A. 54.** Wenden Sie sich an den Kriegsaussschuß, Berlin, Anienstr. 83/85. — **N. 100.** 1. 100 M. 2. 2 Proz.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Jemlich warm, vielfach wolfig und im Binnenlande meist geringe, an der Küste etwas stärkere Regenfälle.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Gürtler **Paul Losch** Lichtenberg, Goethestr. 17, am 17. September gestorben ist. 182/6
Die Beerdigung findet am Freitag, den 21. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes in der Lützstraße aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Gürtler **Franz Papert** Jakobstraße 32, am 18. Sep. gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 21. September, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.
Nachruf.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Gürtler **Julius Müller** Ritterstr. 14, am 13. September gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiterverband.
Bezirksverband Groß-Berlin
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kohlenkutscher **Wilhelm Schäpe** am 17. d. M. im Alter von 62 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 21. September, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Luther-Kirchhofes in Pantow, Marienfelder Straße, aus statt.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener **Karl Schröder** am 17. d. M. im Alter von 44 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 21. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf, Eisenacher Str., aus statt. 7/16
Nachruf.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bodenarbeiter **Rudolf Böhm** am 10. d. M. im Alter von 52 Jahren verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Bezirksverwaltung.

Ein treues Andenken!
Zum Sterbetage unseres innigstgeliebten Sohnes und Bruders, des Grenadiers **Franz Kruszynski** gefahren am 21. Sept. 1916.
Du gehst hinaus zum Kampfe,
Du lehrst nicht mehr zurück,
Wir wagten noch zu hoffen,
Doch traust dich das Geheiß,
Wir können gar nicht lassen,
Daß Du hinweggerast
An Deiner Jugendblüte
Und Deiner jungen Kraft.
Du gingst aus unserer Mitte,
Es war zu schnell geschehen,
Gott hör jetzt unser Bitte:
Schlaf wohl, auf Wiedersehen.
In schmerzlicher Erinnerung
von seinen tiefgeschwübten
Eltern und Geschwistern.
Ruhe sanft in fremder Erde.

Spezial-Arzt
Dr. med. Hasche,
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahn.
Behandl. von Syphilis, Haut-, Horn-, Frauenleiden, Speyeron, Hämorrhoiden, Gicht, Rheuma, Gelenk- und Nervenleiden, schmerzlose, kürzeste Behandlung ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung, Wäg. Dreif. Teilgabung, Sprechstunden 10 bis 1 und 5—8, Sonnt. 11—1.

Fette Kaninchen bis 7 Pfd. schwer
Junge Brathühner Vfd. 4,50 M. an
Fette Enten Vfd. 5,50 M. an
Herm. Tasche Nachf. A. Schmidt,
Planufer 21, nahe Galesch. Tor.

Hindenburg oder Napoleon
Die Offenbarung unserer Kraft
von Carl Leyst
Das Buch bedeutet eine neue historische Welt / Der überragende Genius Hindenburgs stellt die Schicksalsgründe des französischen Eroberers tief in den Schatten.
Zum 70. Geburtstag Hindenburgs
1.—50. Tausend Preis 2 Mark
Berlag Gustav Braunbeck, Berlin W 35

Spezialarzt
Dr. med. Colemann
für Haut-, Horn-, Frauenleiden
nerv. Schwäche, Seinkranke,
Ehrlich-Hata-Kuren,
(Dauer 12 Tage), Behandlung
schnell, sicher und schmerzlos
ohne Berufsstörung.
Königsstr. 34-36 Stadtbh.
Alexandropi.
Spr. 10—1 u. 5—8, Sonnt. 10-1.

Platin Gebisse
besonders alte Gebisse
auch getriebene
im Hotel Zum grünen Baum,
Krausenstr. 56/58, Zimmer 1 part.,
von morgens 10 bis ab. 7 Uhr.
Zähne bis 2 M.
Platin W. 7,50 M.
Dr. Kunth.

Spezial-Arzt
Dr. med. Haedicke
Horn-, Haut-, Geschlechtst.,
Syphil. (Behandlung d. 12 T.),
Blunters. Ehrlich-Hata-
(Salvarsan)-K. Mod. schmerzlose
Behandl. o. Berufsstörung.
-Mäßige Preise. Teilzahlung
Friedrichstr. 187-188 (Untergrdb.)
11-1, 3-7, Sonntags 11-1.

Allen Freunden, Bekannten und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Bruder, Schwager und Onkel, der Musikant **Alois Wodicka** am 5. September ein Opfer des Weltkrieges geworden ist. Dies zeigen an in tiefem Schmerz 1182
Alfred Wodicka, Bruder,
nebt Frau und Kindern.
Ruhe sanft in Heimboden.

Möbelfabrik Rob. Seelisch
BERLIN O 112, Rigauer Str. 71—73a
empfiehlt gute preiswerte Möbel
154 Musterräume
Lageräume: 6696 □-Meter groß.
Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet.
Versand nach allen Plätzen Deutschlands.

Gewerkchaftshaus.
Sonntag, den 23. September 1917:
Im großen Saal feiert der **Berliner Sängerehor** ein **Stiftungsfest**
unter gütiger Mitwirkung der Konzertsängerin **Margarete Lehawe** und des hiesigen Tenors **Kraus**.
In den anderen Sälen:
Konzert und Entenbraten-Essen.
a. Borkon 3,00 und eine ganze Ente (für 4 Personen ausreichend) das Stück 10,00 mit Zubehör. Circa 500 Enten werden gebraten.
Sonntag mittag:
Blumenkohluppe 0,30 1/2 Ente 3,00
Schokolade mit Semmelbröseln 2,00 Schmorbraten 3,00
Blumenkohl mit Beilage 2,00 Kompott oder Salat.
Heute und morgen:
Hühnerbrühe a Liter 60 Pf.
und darin gekochte Hühner . . . ein halbes 5,00 M.
Ein Posten rohe Enten- und Gänseleine, gemischt, a Pfd. 3,00 M.
Ein Posten fette Hühner a Pfd. 5,00 M.
Ein Posten fette Enten.

Zeichnungen auf **Kriegsanleihe**
sach durch Abschluß von **Kapitalversicherungen**
nimmt die **Germania in Stettin**
Lebens-Versicherungs-Aktion-Gesellschaft entgegen.
Sicherheitsfonds Ende 1916
454 600 000 Mark.
Sehr günstige Versicherungsbedingungen.
Bureau: Berlin W. 8, Friedrichstraße 78.
Tel.: Zentrum 1034 und 2227. 336L

Zähne m. echt. Kautschuk 3,50 M. 5 Jahre Garantie.
bei Bestellung v. Gebissen gratis. Goldkronen v. 20 M. an. Spezial:
Zähne ohne Zahnfleisch. **Zahnpraxis Halvani**, Danziger Straße 1, Garmersl. Ecke Schönk. Allee

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Nachnahme.

- Zentrum: **Hilbert Gahnisch**, Kckerstr. 174, am Kopenplatz. Geöffnet von 11—1 1/2 und von 4 1/2—7 Uhr.
2. **Wahlkreis: S. und SW.**: **Gustav Schmidt**, Hirtwaldstr. 42, an der Sneyenaustraße. Geöffnet von 11—1 1/2 und von 4 1/2—7 Uhr.
3. **Wahlkreis: St. Frits**, Prinzenstr. 31, Hof rechts part. Geöffnet von 11—1 1/2 und von 4 1/2—7 Uhr.
4. **Wahlkreis: Osten**: **Robert Bengels**, Markusstr. 36. Geöffnet von 11—1 1/2 und von 4 1/2—7 Uhr. — **Karl Wille**, Petersburger Weg 4 (Raden). Geöffnet von 11—1 1/2 und von 4 1/2—7 Uhr.
4. **Wahlkreis: Südosten**: **Paul Böhm**, Lützener Platz 14/15. Geöffnet von 11—1 1/2 und von 4 1/2—7 Uhr.
5. **Wahlkreis: Leo Sucht**, Jannaschstr. 12 (Hof). Geöffnet von 11—1 1/2 und von 4 1/2—7 Uhr.
6. **Wahlkreis (Koblenz)**: **Joseph Wilhelmschneider** Straße 48. Geöffnet von 11—1 1/2 und von 4 1/2—7 Uhr.
Wedding: **J. Dönisch**, Müllerstr. 34a, Ecke Ulrechtstr. (Raden). Geöffnet von 11—1 1/2 und von 4 1/2—7 Uhr.
Kolossaler und Drantenbarger Vorstadt: **K. Wolgast**, Watzstr. 9. Geöffnet von 11—1 1/2 und von 4 1/2—7 Uhr.
Gesundbrunnen: **Fischer**, Poststr. 6 (Raden). Geöffnet von 11 bis 1 1/2 und von 4 1/2—7 Uhr.
Schönhauser Vorstadt: **Karl Marx**, Grellenhagener Straße 22. Geöffnet von 11—1 1/2 und von 4 1/2—7 Uhr.
Hilberstr. 1: **Haberlein**, Bismarckstraße 22.
Alt-Mitte: **Falkenberg**, Salzmann, Falkenberg, Gartenstadtstr. 10. Baumgärtnerweg: **Karl Köpcke**, Reichshofstr. 179.
Bernau, Köpenick, Spandau, Schöneberg, Schönebrunn und Buch: **Heinrich Krefe**, Bernau, Mühlentstr. 5 (Raden).
Bohnsdorf: **Horlemann**, Genossenschaftsbau „Paradies“.
Charlottenburg: **Gustav Scharnberg**, Eisenheimer Straße 1. Geöffnet von 11—1 1/2 und von 4 1/2—7 Uhr.
Eichwalde, Schmölditz, Zeuthen, Niedersorf: **Oskar Rahl**, Grünauer Straße 37.
Friedrichsdorf-Petershagen: **Uffenwasser**, Petershagen.
Friedenau, Steglitz, Südende: **H. Bernsee**, Steglitz, Rommelsstr. 52.
Friedrichshagen, Hiesmann, Köpenick, Schöneberg, Klein-Schöneberg: **Ernst Wermann**, Friedrichshagen, Rönnecker Straße 18.
Grünau: **Frans Klein**, Friedrichstr. 10.
Johannisthal, Rudow: **Max Gonschur**, Parkstr. 23.
Karlshorst: **Frau Sasse**, Junfer-Jörg-Str. 7 II.
Königs-Lutherhagen, Wildau, Niederhagen: **Friedrich Baumann**, Lindenwalder Straße 5.
Köpenick: **Emil Böhler**, Riecher Straße 6 (Raden). Geöffnet von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr.
Lichtenberg I, **Friedrichsfelde**, **Hohenschönhausen**: **Otto Seifert**, Wartenbergstraße 1 (Raden). Geöffnet von 11—1 1/2 und von 4 1/2—7 Uhr.
Lichtenberg II, **Kummelsburg**, **Stralau**: **K. Rosenkrantz**, Alt-Borghagen 56. Geöffnet von 11—1 1/2 und von 4 1/2—7 Uhr.
Mahlsdorf, Kaulsdorf, Biesdorf: **H. Freyberg**, Kaulsdorf, Ferdinandstraße 17.
Mariendorf, Mariensfeld: **Kugust Reid**, Chausseest. 29.
Neukölln: **M. Heinrich**, Redarstr. 2 (Raden). Geöffnet von 11—1 1/2 und von 4 1/2—7 Uhr.
Neukölln-Brick: **Kohr**, Stegfriedstr. 28/29. Geöffnet von 11—1 1/2 und von 4 1/2—7 Uhr.
Niederschöneweide: **Wilhelm Lanz**, Brüderstr. 10, II.
Nowawes: **Karl Rohrbach**, Eisenbahnstr. 10.
Oberschöneweide: **Rita Freidank**, Bismarckstr. 25, I.
Pankow, Niederschönhausen, Rudow, Franz-Vuehof, Blankenburg: **Rickmann**, Pantow, Mühlentstr. 70.
Reinickendorf-Ohl, **Wilhelmsruh** und **Schöholz**: **A. Gursch**, Pravingerstraße 56 (Raden). Geöffnet von 11—1 1/2 und von 4 1/2—7 Uhr.
Schönendorf bei Königs-Lutherhagen: **Ehr. Hansche**, Dorfstr. 10.
Schöneberg: **Wilhelm Baumler**, Weininger Straße 9 (Raden). Geöffnet von 11—1 1/2 und von 4 1/2—7 Uhr.
Spandau, Ronnenbamm: **Ernst Bar**, Wolfstr. 7. Geöffnet von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.
Tegel, Vorgrimmler, Wittenau, Waldmannsluff, **Hermisdorf**, **Hohen-Reuen-dorf**, **Ortenwerder**, **Freie Scholle** und **Reinickendorf-Weh**: **Paul Rieck**, Vorgrimmler, Kaulschtr. 10. Geöffnet von 11—1 1/2 und von 4 1/2—7 Uhr.
Teltow: **Beiser**, Jabelstr. 2.
Tempelhof: **Rud. Uckermann**, Kaiser-Wilhelm-Straße 74.
Treptow: **Rob. Gramenz**, Reichshofstr. 413 (Raden). Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Weißenhof, **Heinersdorf**: **Gust. Köpcke**, Berliner Allee 41.
Wilmersdorf, Palenke, **Schmargendorf**: **Paul Schubert**, Wilhelmstr. 27.
Zossen: **Fr. Rasch**, Berliner Straße 24.
Sämtliche Partikulärliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.
Sonntags sind die Ausgabestellen geschlossen.

Der Fesselballon.

Neben dem Flieger ist der Fesselballon das hervorragendste Luftschiffmittel moderner Kriegstechnik; beide sind in wörtlichem Sinne als die Abteilungen des Krieges zu betrachten, deren scharfem und raschem Beobachten in den seltensten Fällen größere Vorbereitungen des Gegners entgegen.

Ist das Wetter klar und sichtbar, so steigt der Fesselballon schon beim ersten Morgengrauen, vor Sonnenaufgang in die Höhe. Und wenn der rotglühende Sonnenball strahlend über der bewaldeten Bergkette sichtbar wird, dann stehen die Fesselballons gleich unformigen Nischenwülsten bereits in langer Reihe hoch oben und bilden fast in des Gegners Front, spähen über Berg und Tal weit ins Land auf die Straßen, Wägen, Plätze, suchen und verfolgen die Lebensadern, die Bewegungen, die Veränderungen des Rivales bis weit in die Steppe.

Die Beobachter in dem gefüllten, schaukelnden Korbe sind mit den besten Erkundungsapparaten ausgerüstet: weitreichenden Fernrohren, Karten, photographischen Apparaten, Telegraph, Telefon usw. Die Aufgaben der Beobachter sind ebenso mannigfaltig wie das weitgegliederte Kriegsgetriebe. Da ist zunächst die Front selbst im Auge zu behalten. Jedes wichtigere Ereignis, jede auffällige Bewegung der gegenüberliegenden Streitmacht wird laufend gemeldet. Veränderte Stellungen werden auf die photographische Platte gebannt.

Hinter den Gräben beginnt schon das wechselvolle Hin- und Her der Truppen. Die hauptsächlichsten Bewegungen werden zwar vorwiegend zur Nachtzeit ausgeführt, doch auch im Angesicht des Tages ist ein buntes Wehen und Kommen unermüdlich. Im Verein mit dem Flieger wacht der Fesselballon zuverlässig über diese Vorgänge, verständigt so bald die eigene Artillerie über die erkundeten Ziele. So ist es erklärlich, daß ein sich mit aller erforderlichen Vorsicht durchs Gelände bewegender Trupp unzulässig wohlgezielter Feuer bekommt und bereits beim Anmarsch Opfer zu beklagen hat. Mit besonderer Sorgfalt werden die Artilleriestellungen des Gegners aus Glas genommen. Nur der Fesselballon und der Flieger in Verbindung mit dem Schallmeßtrupp können den mit allen ertüchteten Kunstgriffen verschleierte Stand der Feuerkräfte aufklären. In kurzer Zeit erfolgt das meistens so sicher, daß Mißgriffe nur selten vorkommen.

Der Beobachter forscht und späht unermüdlich weiter. Die Jagdstrassen in das engere Kampfbereich verdienen sein besonderes Interesse; sie sind die pulsierenden Adern, die dem ringenden Nischenorganismus planmäßig neue Kräfte und Säfte zuführen: sie gegenständig in ihrer Tätigkeit zu behindern, abzuschwächen, ist eine der ersten Aufgaben der Ringenden. Und der Fesselballon ist mit der Lenker dieser entfernteren Kämpfe; er meldet Richtung und Ziel, leitet das Feuer, berichtet über das Resultat.

Weiter zurück schweift das gut bewaffnete Auge über die großen Straßen und Eisenbahnstränge, die den Truppenverschiebungen großen Stils, den Munitionskorps und Materialtransporten dienen. Derartige Erkundungen bieten die objektivsten Anhaltspunkte über die Pläne des Gegners. Die gewaltigen Vorbereitungen großer Offensiven bleiben infolge dieser durchdringenden Beobachtungsmittel nie ganz verborgen. Gegenmaßregeln können ergriffen werden, durch welche der Stoß von vornherein mehr oder weniger pariert wird.

Aus all diesen kurzen Andeutungen ist die besondere Wichtigkeit des Fesselballons aber ersichtlich. Sicher ist, daß der Krieg ohne die Mitwirkung des Flugzeuges und des Ballons einen wesentlich anderen Gang genommen hätte, daß die oft verjüngten Entscheidungskämpfe in der Tat eher gekommen wären. Die modernen Erkundungswaffen aber machen große Aktionen zum erheblichen Teil gegenstandslos, da sie den Angreifenden nicht mehr überraschen, sondern ihn in gerüsteter, kaltblütiger Erwartung finden.

Aber die gefesselte Wurst ist, trotzdem sie an einen Punkt außerhalb der eigentlichen Feuerzone gebunden, dennoch aufregenden Gefahren ausgesetzt. Die gegnerischen Ballonkanonen sind zwar wegen der großen Entfernung weniger zu befürchten. Desto eifriger sind die Flieger am Werke, die geschwollenen Ungeheuer zu vernichten.

Da kreist behorrlich hoch über dem Fesselballon ein Flieger. Er schraubt sich spiralförmig tiefer, kommt dem gasgefüllten Nischen immer näher. In wenigen Augenblicken ist er seinem Ziel ganz nahe, sein Gegner sitzt ihm gefahrdrohend im Nacken. Da — ein jäher Vorstoß, wie wenn der Adler sich auf sein Opfer stürzt — der Ballon ist plötzlich in eine dicke schwarze Rauchwolke gehüllt — eine hellodernde Flamme züngelt aus dem schwarzen Dunst empor — da saust die bemannte Gondel auch schon unaußhaltbar, unrettbar in die Tiefe. Das Feuer ist erloschen, die Rauchballen verfliegen zu Fäden und Fäden. Der ganze atemraubende Vorgang währt etwa zwei Minuten. Die blaue Luft ist wieder rein und es fehlt der dicke, starr schwebende Punkt mit dem freibeweglichen Eisenvogel zu seinen Füßen. Der kommt schon, hetzig beschissen, über die Front zurück; sein Werk der Zerstörung ist vollbracht. Gleich

darauf werden in weiterer Entfernung noch zwei Ballons von Fliegern niedergebrennt; auch sie sind überraschend schnell aus der blauen Region verschwinden — der Ballon in Atome aufgelöst, die Gondel zerstückelt. Aber morgen ist schon wieder Ertrag zur Stelle und das bewaffnete Auge schaut vom grauen Morgen bis in die finstere Nacht in des Gegners verborgenen Winkel.

Wenn das erste Morgengrauen die Nacht zu verdrängen beginnt, erhebt sich der Ballon von der taunassen Erde, durch zahlreiche Laue fest verankert. Den ganzen langen Tag starren die Späher umherwacht in des Gegners Leben und Treiben. Und erst wenn die Abenddämmerung purpurrot hinter den Wisenbüschen verjähndet, die vier ragenden Türme der Kathedrale von Laon märchenhaft von leichtem Dämmerlicht umspielt werden, rollen kräftige Arme die Laue auf, weigt sich der Fesselballon für die wenigen Nachtstunden in den dichten, grünen Wald.

Familiengtag.

(Zur Großen Berliner Kunstausstellung.)

Die Familiengtagere der von der Großen Berliner Kunstausstellung (die diesmal in den Räumen der königlichen Akademie am Pariser Platz stattfindet) wollen anders betrieht sein, als die Vorstellungen der Kunst, mit denen wir uns sonst beschäftigen. Magst du hoher Qualität und entwicklungsgeschichtlicher Bedeutung sind hier nicht anzulegen; auch darf man nicht auf starke Erlebnisse rechnen. Es handelt sich um einen Markt, auf dem die Bildwerke der Vielen und auch der Akaustischen einem nicht verwöhnten, halb naiven, halb vornehmhaften Publikum zum Kauf angeboten wird. Für die Kunst ist dieser Handelsvorgang ohne Bedeutung; aber er ist wichtig für das Wirtschaftsleben der hierher gehörenden Maler. Diese Ausstellung ist also sozusagen eine soziale Angelegenheit. Nebenbei gibt sie Gelegenheit, daß Leute, die gern ein Bildchen, wenn irgend möglich etwas aus Del, in ihrem Zimmer haben möchten, eine Landschaft, ein Stillleben oder ein Jagdschild, immerhin Besteres und Geschmackvolleres kaufen können als in den Räumlichkeiten der Leipziger Straße hängt. Sieht man an dem völlig unzulänglichen Leuchter der Malerei ein wenig vorangekommen ist, ein wenig den Führern, besonders denen des Impressionismus, abgedrückt hat, ein wenig vom Wesen und Temperament der Gegenwart berührt scheint. Das zeigt sich vor allem in der Technik; die Pinselstriche wurden freier und flotter, die Linien lebendiger, die Flächen bewegter. Einiges verdient beinahe mit Namen genannt zu werden, doch darf der Berichterstatter dabei alphabetisch verfahren: er nennt nicht einzige, er umschreibt ein Aiketon.

Aud Albrecht, ein Siegestag: ein Gewimmel aus Menschenfabriken und Aufregung, mit finlen Pinselstrichen die Nervosität soch einer Stimmung sig erfasst. August Brandt, ein Interieur in Weiß, mit kultivierter Freude am Antiquarischen, silbrig überlangenes Braun, Stilleben-Malerei an Schuch gekult. Max Dürschke, Porzellane, weich modelliert, mit einigen farbigen Akzenten, zum mindesten eine Erziehung zum Vergnügen an schön glasierten Puppen. Fritz Geier, das Wandergesicht Kathous, mit empfindlicher Einfühlung in die pathetische Schmiegsamkeit des profanen Parods, auf eine einseitige helldurchbräunte Stimmung abgedaut. Marie Hager, Verhältnisse, und Max Harig: Winter: Lebendig gefessene Natur in geschlossene Bildwirkung gebracht. Hofmann-Hallerleben, Das verwachsene Turmfenster, etwa Trompeter von Säckingen auf guter Probingsöhne, Paul Hoeniger, Alter Hof in Lübeck: malerisch gehobenes Genrebild, auf dem zwei Kägen eine Kasse spielen, das aber doch Sinnlichkeit für das Wesen von Tönen und Rhythmen beweist. Hans und Leopold Jülich, Landschaften: man denkt zunächst an Liebermann, dann an Waller und Hodler, ohne Zweifel Handschriften, aus denen vielleicht etwas werden kann. Hans Kloss, ein Kirchhof und eine Kleinstdtstraße: der Maler, der uns schon des öfteren aufgefallen ist, arbeitet mit ganz dünnen und zärtlich hingestrichenen Schichten; er entmaterialisiert die Welt, er empfindet sie als Klage, lyrisch. Hanna Neßls, Sommertag an der Elbe: erfolgreiche pariser Schulung, ein wenig Monet, ein wenig Sibley, Figuren als Farbflöckchen, elastisch in das landschaftliche Milieu gefügt. Alfred Pöppner, Berliner Hof: vielleicht das reizvollste Bild der Ausstellung, eine Melancholie in wässrigem Grün, ein mildes Erlebnis dort, wo es für den gewöhnlichen Menschen nichts zu erleben gibt. Schab-Rossa: Tanzboden: bewegte Farben und Kreishmusik. R. Br.

Büchnarrreien.

Die Buchdruckerkunst, die das Buch als billigen Massenartikel herzustellen erlaubt, gilt zu unrecht als die große Kulturart. Die wahrhaft Kulturvollen misachten ihre vulgären Erzeugnisse. Damit in ihren Augen ein Buch Wert erhalte, muß es — der Inhalt ist ziemlich gleichgültig — möglichst selten und möglichst präzios hergerichtet sein. Am besten wäre es schon, wenn es in nur einem

oder 20, schlimmstenfalls 100 Exemplaren vorhanden wäre. Um dieses Erfordernis des guten Zoces zu erzielen, läßt man alte und neue Werke auf berühmten Pressen in beschränkter Privatauslage drucken, nummerieren, signieren, mit Widmung versehen und beschriftet seine Freunde damit. Ober auch läßt den Text von einem Künstler handschriftlich schreiben und so vervielfältigen. Die Snobs reihen sich um solche Dinge und glauben wunder was für die Kultur zu leisten, wenn sie dergleichen Pifflerlei betreiben — statt bloß „Künstlerinnen“ zu protegierten oder mit Pferden umzugehen.

Auf der Versteigerung der Bücher aus dem Nachlaß des Herrn Heymel konnte man dieser Tage diese und andere Beobachtungen machen. Herr Heymel, dem ein Zufall ein im Kaffeehandel verdientes Vermögen in den Schoß geworfen. Er hat es kavaliernmäßig verwendet und unter anderem auch einen Sport in Büchern getrieben. Was soll man aber von den Leuten sagen, die diese Inobitiven Bücher nur mit Hunderten und Tausenden bezahlen? Heymel hatte wenigstens Fühlung mit den Künstlern und ließ solche Sachen nach eigenem Geschmack bestellen. Aber die neuen Erwerber haben gar keine persönliche Fühlung mit den Verfassern und Herstellern. Sie haben nur das Geld und den Drang nach Seltenheiten. Ja, sie zahlen für Bücher, die man in jedem Laden kaufen kann, das Doppelte — bloß weil der nachträglich geachtete Heymel sie besessen und vermutlich nicht geliebt hat.

Einige Ziffern zur Veranschaulichung dieser Manie. Für Bierbaums unbedeutende erotischen Reimerlein „Jergarten der Liebe“ (Nr. 2 der Privatausgabe in 100 Exemplaren) wurden 2700 M. bezahlt. Das Buch, dessen Inhalt sonst für einige Mark zu haben ist, kann nicht einmal als besonders hohes Werk des Kunstgewerbes gelten. Aber es existiert nur in 100 Exemplaren, Bierbaum hat ein paar Verse eigenhändig hineingeschrieben und Heymels Buchzeichen klebt am Dedel. Jeder, der das besitzt, weiß sich als Kulturträger aus. Ober: Goethes Maria, auf Pergament geschrieben und mit Initialen ausgestattet — immerhin eine Art verrückten Kunstwerks — 4400 M. Literarisch unbedeutliche Werke von Blei, Bänding, Heymel bringen es auf ein paar Hundert, ja über 1000 M. Ich habe nicht feststellen können, was eine von unserem englischen Parteigenossen W. Morris gedruckte sozialistische Rede eingebracht hat. Sicherlich einen schönen Wagen, denn sie ist wunderschön gesetzt und gedruckt. Offiziell versieht ihr Erwerber kein Englisch, denn es stehen für ihn sehr unangenehme Wahrheiten in der Rede. Die Folgen kapitalistischen Reichtums treten in anderen Erscheinungen krasser zutage. Die Widernarrerei der Exlibris oder solcher, die es werden möchten, ist nur ein unbedeutendes Kapitelen. Gelegentlich listet sie sogar Kagen, indem ein Künstler durch Veranstaltung solcher Privatdrucke die Mäzene von heute schöpft und so befähigt wird, wieder für die Allgemeinheit zu schaffen. Aber davon abgesehen dient dieser Sport nur der gesellschaftlichen Eitelkeit und hat keinen Anspruch auf ein Kulturmäntelchen.

Notizen.

Das Deutsche Opernhaus Charlottenburg verleiht seinen Gesamtbericht über das nunmehr fünfjährige Bestehen. Mit Mozart, Beethoven und Weber wurde die Spielzeit 1912/13 eröffnet. Wagners „Parsifal“ bezeichnete den Neujahrstag 1914. Und bis heute fanden statt: „Von Parsifal“ 77, von „Bibelio“ 74, von „Figaros Hochzeit“ 64, von „Oberon“ 52 Aufführungen. Nehmen wir dazu Lorchings „Waffenkammer“ 47, seine „Undine“ mit 43, Nicolais „Lustige Weiber von Windsor“ mit 43, Galeschs „Jüdin“ mit 43, Smetanas „Verkaufte Braut“ ebenfalls mit 43 Vorstellungen, so selten wir die absteigende Linie, während die aufsteigende (50 bis 70 Aufführungen) mit „Martha“, „Tannhäuser“, „Johannru“, „Meisterfänger“ und „Freischütz“ bezeichnet wird. In der Spielzeit 1916/17 wurde besonders Mozart gepflegt. Die Entführung aus dem Serail“ hatte in der Spielzeit 1916/17 allein 88 zum meist ausverkaufte Häuser. Als moderne Zugstücke haben sich d'Alberts „Tiefstand“ und seine „Toten Augen“ bewährt. In den Sommerspielzeiten, Notwendigkeiten der Kriegsjahre, wurde auch die klassische Operette gepflegt, und zwar „Boccaccio“ (71), „Liedermans“ (68), „Dietelstudent“ (64), „Siegemeister“ (40), „Kanon“ von R. Wende hatte 29 Aufführungen in den letzten Sommermonaten.

Ein dänisches Gesetz gegen Bucher-annonzen. Das dänische Innenministerium hat ein Gesetz erlassen, wonach es den Zeitungen untersagt war, Anzeigen Aufnahme zu gewähren, die Versuche einer Höchstpreisumkehrung darstellen, als solche gelten auch sogenannte Tauschanzeigen, in denen angeboten wird, die mit Höchstpreis belegte Ware gegen Höchstpreislose zu vertauschen, oder Anzeigen, nach denen Waren zum Höchstpreis angeboten werden, jedoch nur unter der Bedingung, daß der Verkäufer gleichzeitig andere Artikel losschlägt. Das Gesetz sieht für alle Verletzungen Gefängnis oder Geldstrafen bis zu 10 000 Kronen vor.

Anders Hjarmsted.

Von Jakob Knudsen.

„Ja, aber glaubst Du, daß er es tut, Anders?“
„Gewiß. — Wir können ihm ja sagen, daß, wenn er uns nicht trauen will, wir trotzdem Hochzeit halten, — auch auf der Stelle! Dann wird er schon tun, was wir verlangen. — Aber, Gjatrid, Du sollst nicht allein dahin gehen. Am liebsten will ich Dich beim Adjunkten holen, — was, willst Du das nicht?“

„Doch, — aber mir scheint, er könnte uns dann leicht sehn.“
„Nein, ich werd schon — — auf ihn acht geben. Und ich komme so zwischen 10 und 11.“

Lange sahen sie zusammen draußen. Die Sonne war untergegangen, und es war ziemlich dunkel, denn immer noch brodelten schwarze Gewitterwolken aus Südwesten herauf, ohne daß jedoch hier föhlich von den Hügeln Regen fiel. Es war, als verzöge sich das Wetter nach Norden, wenn es ein Stück am Himmel heraufgekommen war, — über den Fjord hin. Die ganze Zeit hörte man auch fernen Donner, und es bligte, nicht in Strahlen, sondern in breiten Lichtschimmern.

Sie konnten nicht weit nach Norden hin sehen wegen des Randes der Heideniederung, nach Süden zu hatten sie dagegen eine sehr weite Aussicht von da aus, wo sie sahen, hauptsächlich über große, mit Heidekraut bewachsene Hügel. Da draußen fing man jetzt an, Feuer anzuzünden, es war ja der letzte Abend im April — der Walborg-Abend, wie man da in der Gegend sagt.

Es war wohl halb elf, als sie aufstanden und zurückgingen.

Als Anders Gjatrid auf der Landstraße an dem Hause des Adjunkten gute Nacht gewünscht hatte und auf den Hügelrand hinter Siavn gelangt war, sah er ein sehr großes Feuer auf den Wiesen draußen im Norden, — ja, entweder mußte es gleich unten am Fjord sein oder auch drüben auf der Nordseite, auf dem Vorland vielleicht. Er stand eine kleine Weile da und betrachtete es. — „Ja, aber was ist denn das?“ rief er plötzlich laut, „es brennt sicher auf dem Bjerrehof!“

Ein paar Stunden, nachdem Anders von Hause weggegangen war, brach da draußen über dem Bjerrehofsholm und den nördlichen Wiesen ein heftiges Gewitter los. Es war ungefähr halb acht Uhr, und obwohl die Sonne noch nicht ganz untergegangen war, wurde es doch fast sofort stockdunkel. Auf dem Bjerrehof klang ohnehin das unaufhörliche Brüllen der fremden Rinder unheimlich genug; dazu gefüllten sich nun mächtige und einander schnell folgende Donnerschläge. Der Regen stürzte nieder.

Der alte Per Hjarmsted ging in Hof und den Wirtschaftsgebäuden umher und schüttelte sich. Bald stand er einen Augenblick drin im Holzschuppen; dann ging er zur Stalltür hinüber; dann sah er sich durch die Luke der Drehtenne das Wetter an.

Der Großknecht war ärgerlich auf ihn, weil er dem Vieh nichts zu fressen gab. Das konnte doch nichts dafür, daß Aren Faurholt ein Schuft war. Mads Horsens und Jens Wegger dagegen gingen mit leise grinsenden Gesichtern umher. Sie hatten nach dem Abendbrot eigentlich nichts auf dem Hofe zu tun. Sie waren Häusler und wohnten nicht da. Sie blieben aber doch.

Dann erfolgte ein gewaltiger Donnerschlag, ebenso rasend in seinem Lärm, wie der Blitz, der unmittelbar folgte, freideckend und blendend war. — Alle Männer kamen unwillkürlich auf dem Hofplatz zusammen, um zu sehen, ob der Blitz eingeschlagen hätte. — Was jedoch nicht der Fall war.

„Jetzt sollt es gezündet und all den Kindern überm Kopf den Stall abgefengt haben,“ sagte der alte Per Hjarmsted, „das könnte Aren Faurholt ein schönes Stück Geld kosten, wenn er sich so einen Bestand neu kaufen müßte.“

Der Großknecht nahm sich die Freiheit zu bemerken: „Ich find, daß Ihr sonderbar seid. Nicht Aren Faurholt, sondern Anders wäre der, der das zu bezahlen hätte. Ein alter Mann sollte sich auch lieber nicht hinsetzen und so etwas sagen.“

Mads Horsens schlug eine laute Lache an. Der Alte schweig merkwürdigerweise ganz. —

Das Gewitter hielt sich ungewöhnlich lange. Besonders dauerten die Blitze mit unerminderter Stärke an.

Per Hjarmsted begab sich auf eine Runde um den Hof herum, um nachzusehen, ob alles in seiner Ordnung sei.

Als er um die südöstliche Ecke (zwischen dem Dstflügel und der Scheune) bog, sah er an der andern Ecke der Scheune

eine Flamme empor schlagen. Einen Augenblick stand er starr vor Schreck und schaute vor sich hin. Die Flamme warf plötzlich einen breiten Schein über die Mauer und den Hofen nieder und in dem Licht gewahrte er zwei Mannesgestalten, die, wie es ihm schien, die Arme zum Schirmdach aufreckten.

Nun war er wach. So schnell seine alten Beine ihn tragen wollten, lief er längs der Scheinwand vorwärts. Er war nur noch 5—6 Ellen von den beiden entfernt, als sie ihn entdeckten. — Er sah, daß es Mads Horsens und Jens Wegger waren, und rief ihre Namen. — Im ersten Augenblick schienen sie zu erschrecken, doch gleich darauf warf Mads Horsens sich ihm entgegen, ergriff ihn am Arme und schrie: „Per Hjarmsted steck den Hof an!“ — Jens Wegger stimmte ein.

Und nun zogen sie mit dem Alten, der ganz wirt geworden war, längs der Wand des Westgebäudes von dannen; doch ein gewaltiger Lichtstrahl breitete sich hinter ihnen aus und warf die drei taumelnden Schatten vor sie auf die Erde. — Mads Horsens rief: „Brand! Brand!“ — Im nächsten Augenblick standen sie auf dem Hofplatz drinnen.

Die Flammen schlugen jetzt über das Stalldach hinaus, und da das Feuer gerade in der Windecke entstanden war und eben sehr starker Wind herrschte, erreichte es im Nu den First selber, hatte jedoch für eine kurze Zeit Beschränkung, über den nassen, dichten Dachstuhl wegzukommen. Gleichzeitig mit dem Knistern des Feuers hörte man es in der äußersten, regennassen Strohdede des Daches sieden.

Im Hof unten herrschte vollständige Verwirrung. Die drei Männer standen da und beschuldigten einander der Brandstiftung. — Mads Horsens wollte nicht von Per Hjarmsted weichen, damit er nicht flüchten könnte und Per Hjarmsted war so erschüttert über die Anklage und über die Brandstiftung, daß er völlig vergaß, etwas zum Löschen zu unternehmen.

Zu löschen war überdies auch nicht leicht. Der Bjerrehof war ja ein vereinzelt liegendes Gehöft. Die nächste Brandspritze befand sich in Harreby, und alle drei Nebengebäude waren zusammengebaut. Dagegen bestand keine große Gefahr für das Wohnhaus, das ein Ziegeldach hatte und in beträchtlichem Abstand von den andern Gebäuden lag.

(Fortf. folgt.)

